

OKTOBER 2007

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

60.(75.) JAHRGANG

STANDPUNKT

**Befristete
Einstellungen**

TITEL

**Semesterbeginn
an den
Hochschulen**

SCHULE

**Der hundert-
prozentige
Schulbeginn**

SOZIALPÄDAGOGIK

**Leben in prekären
Verhältnissen**

GEWERKSCHAFT

75 Jahre blz

TENDENZEN

Rap for Q-rage

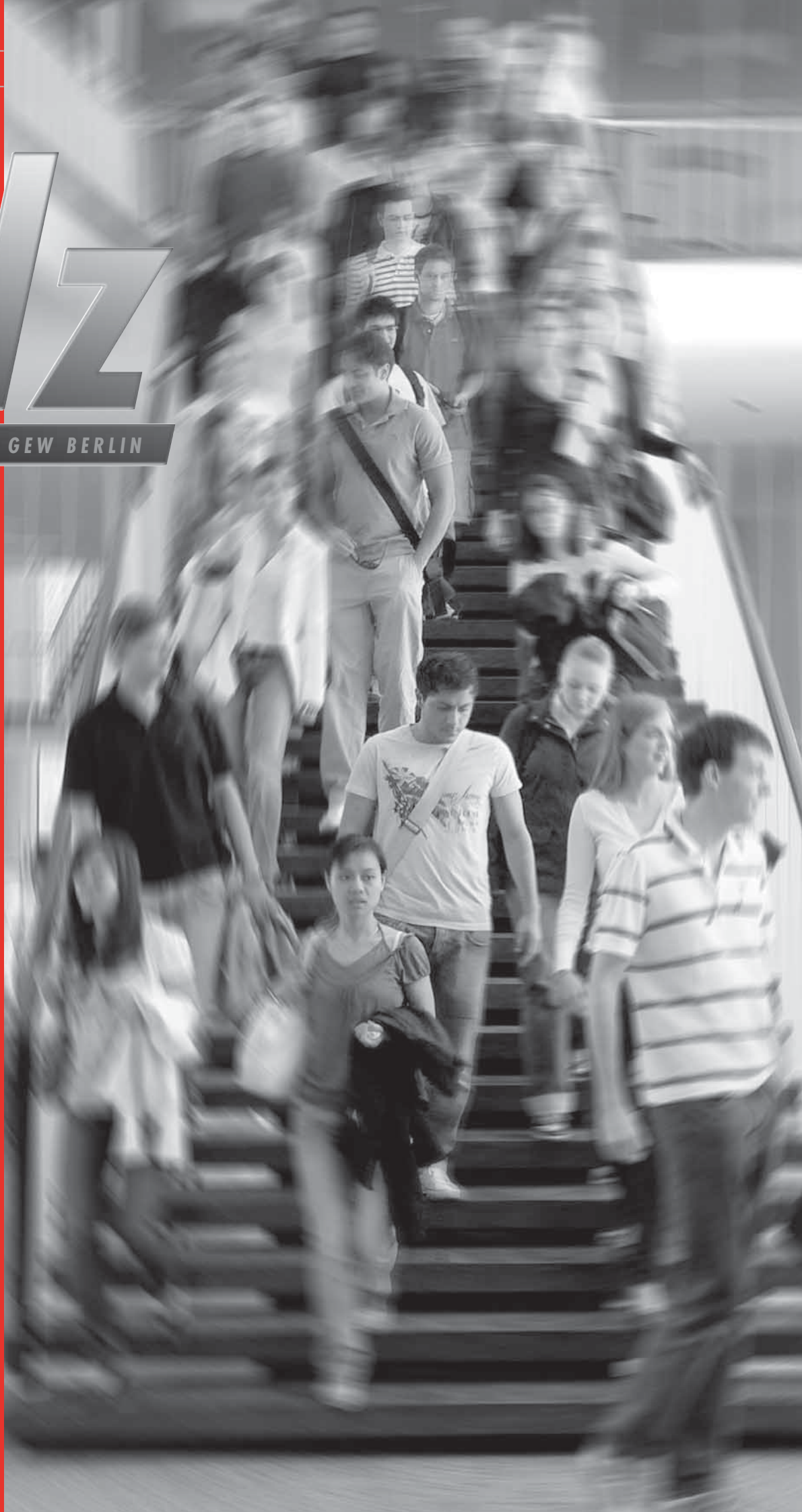



 FOTO: IMAGO/WOLF P. PRANGE
 BEARBEITUNG: BLEIFREI

ÜBRIGENS

Gern würden wir, wie der Bildungssenator, verkünden, dass der Start ins Schuljahr weitestgehend reibungslos verlief. Tatsache ist aber, dass die jetzt noch laufenden Einstellungen eine andere Sprache sprechen. Mit wirklichen 100 Prozent geht es an nahezu allen Schulen erst nach den Herbstferien los.

Erste Überlegungen zu den Titeln und Themen im nächsten Jahr stellt die Redaktion auf ihrer Tagung an. Aber, wir sind offen für Impulse und Artikel von außen, ganz besonders immer noch im Bereich der ErzieherInnen. Hier passiert viel, bitte berichtet.

Wie gut es mit dem Start in den Hochschulen läuft, könnt ihr dem Titel entnehmen und auch selber aktiv werden, siehe das Volksbegehren. Darüber hinaus wird zum Teil auch nachvollziehbar, warum wir es bundesweit mit rückläufigen Zahlen an StudienanfängerInnen zu tun haben, im letzten Jahr waren das immerhin um 3,5 Prozent weniger. *sigrid*

Redaktionsschluss: blz 12/2007: 2.11.
 blz 1/2008: 26.11.

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck.

Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
 Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:

bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
 Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
 Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin
 ISSN 0944-3207 10/2007: 22.000



INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

TITEL

- | | | |
|----|--------------------------------------|----------------|
| 6 | Semesterstart | |
| 7 | Studierende in der Hartz IV-Schlange | Diana Greim |
| 8 | Unterbezahlt und fest eingeplant | Jessica Heyser |
| 10 | Allein gelassen an der Uni | Lisa Malich |
| 11 | Das Exzellenzdilemma | Rainer Hansel |
| 14 | Mehr Demokratie an die Uni | Diana Greim |

RECHT & TARIF

15 Kurzmeldungen

SCHULE

- | | | |
|----|-----------------------------------|---------------------|
| 16 | Der hundertprozentige Schulbeginn | Rose-Marie Seggelke |
| 18 | Reformbremse Gymnasium | Peter Heyer |
| 19 | Viel zu früh und dann zu viel | Volker Hagemeister |

SOZIALPÄDAGOGIK

20 Leben in prekären Verhältnissen T. Krämer/H. Grote

GEWERKSCHAFT

- | | | |
|----|--------------------------------------|----------------|
| 22 | Schluss mit der Tarifmauer um Berlin | Holger Dehring |
| 23 | Jubiläum: blz im 75. Jahrgang | Klaus Will |
| 25 | Free Rainer | Kultur-AG |

TENDENZEN

27 Diskussion um Rap-Texte Klaus Will

EUROPA

28 Mit Blair ist das englische Schulmodell gescheitert
 Brigitte Schumann

GLOSSE

30 „liiii, den fasse ich nicht an“ Gabriele Frydrych

SERVICE

31 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

Dieser blz ist ein Prospekt der Theatergemeinde Berlin beigelegt.

LEUTE

Ruth Weber ist als Schulleiterin der Peter-Petersen-Grundschule und als Vorreiterin für das jahrgangsübergreifende Lernen (JÜL) nicht nur in Berlin bekannt. Weber kam vor 42 Jahren als Lehrerin an die PPS und war die letzten 26 Jahre deren Leiterin. Jetzt ist sie zwar in den Ruhestand gegangen, engagiert sich aber weiterhin als pädagogische Aktivistin für die Jenaplan-Pädagogik. Die Schule wird gegenwärtig von der Konrektorin Hildegard Greif-Groß geleitet.

Erhard Laube hat eigentlich ein gutes Gedächtnis. Gegenüber der *Berliner Morgenpost* behauptete er allerdings, er erinnere sich nicht mehr an seinen Notendurchschnitt beim Abitur in Ibbenbüren. Aber dass er mal Pfarrer werden wollte, wusste er noch. War dieser unerfüllte Berufswunsch das (heimliche) Motiv für seine langjährige Tätigkeit als Berliner GEW-Vorsitzender?

Gabriele Frydrych, bekannte Glossenschreiberin aus Berlin und mit einem Beitrag auch in dieser blz vertreten, ist sogar in Bayern bekannt. Dort wurde ihre Glosse „Kulturgenuss“ bei der zentralen Abschlussprüfung der Realschulen verwendet. Und danach samt Erwartungshorizont auch in einem Trainingsbuch für RealschülerInnen abgedruckt.

Jochen Köhler ist im Juni 2007 im Alter von 62 Jahren verstorben. Köhler war in den siebziger Jahren Lehrer an einer Kreuzberger Hauptschule und veröffentlichte 1979 sein viel gerühmtes Buch „Klettern in der Großstadt“ über Widerstand und Alltag unter der Nazi-Diktatur. Unvollendet geblieben ist seine Biografie Helmuth James von Moltkes, die 2008 bei Rowohlt erscheinen sollte.

André Schindler, Vorsitzender des Berliner Landeselternausschusses, treibt ein seltsames Spiel: Wenn man die Internetseite seiner Bildungspartei aufruft (www.bildungspartei.de), dann landet man – beim Landeselternausschuss. Eine seltsame Verquickung einer Partei mit einem überparteilichen Mitbestimmungsgremium nach dem Schulgesetz. Auf die eigentliche Internetseite der Bildungspartei gelangt man nur mit der Adresse www.bildungspartei.info/modules/newbb/. Diese Seite, so scheint es, ist aber seit 2006 nicht mehr aktualisiert worden. ■



FOTO: PRIVAT

Demokratisch, schnell und basisnah

Die Mitbestimmung bei befristeten Einstellungen ist wichtig.

von Erhard Laube, Vereinigung Berliner SchulleiterInnen (VBS)

Ich finde es richtig und gut, dass Schulleiter über die Personalkostenbudgetierung selbst Lehrkräfte zur Vertretung einstellen können! Alle Versuche, durch zentralistische Steuerungsmechanismen Vertretungsregelungen zu realisieren, sind bisher gescheitert. Probleme müssen nämlich da gelöst werden, wo sie entstehen. Die Möglichkeit, ein Drittel der zur Verfügung gestellten Gelder für Projekte zu verwenden, ist großartig und erweitert schulische Handlungsspielräume.

Aber auch das ist klar: Eine Ausstattung der Schulen von lediglich 100 Prozent plus 3 Prozent Vertretungsmittel reichen nicht aus, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Vertretung fällt nicht nur durch Erkrankung, sondern auch durch Teilnahme an Prüfungen, Fortbildungen, Schullandheimaufenthalten an. So weist die Statistik des Bildungsensators einen Vertretungsbedarf von rund 10 Prozent aus.

Viele Schulleiter haben nicht das Gefühl der Erleichterung, sondern eher der Bedrängung angesichts des zusätzlichen Arbeitsaufwandes durch die immer noch viel zu aufwendigen Einstellungsverfahren. Zusätzlicher Druck entsteht für Schulleiter durch die augenötigten Zielvereinbarungen, den Unterrichtsausfall weiter zu senken. Sonst – so die Drohung – werden Gelder gestrichen.

Schulen brauchen eine Grundausstattung von mindestens 103 Prozent plus 3 Prozent Vertretungsreserve. Dann ginge es – bei gleichzeitiger Nutzung anderer Vertretungsmöglichkeiten – so leidlich! Trotzdem: Die Personalkostenbudgetierung ist der richtige Weg. Damit sie gut funktioniert, müssen eine Reihe von Voraussetzungen gewährleistet sein.

- Jedes Einstellungsverfahren – auch für Vertretungszwecke – muss demokratischen Erfordernissen genügen.
- Das Verfahren muss schnell und unbürokratisch durchgeführt werden können. In Hessen beispielsweise klappt das innerhalb eines Tages. ■

- Für die einzelne Schule sollte es eine eigene Liste geben, auf denen die Bewerber stehen. Die Rangfolge auf dieser Liste sollte mit dem Personalrat und der Frauenvertretung abgestimmt sein. Dann könnte ohne zeitaufwendige Bewerbergespräche auf diese schulische Liste zurückgegriffen werden.

- Darüber hinaus sollte es eine zentrale Interessenbekundungsliste für Mangelfächer geben. Über diese Liste könnten Schulleiter mit Bewerbern seltener Fächer Kontakt aufnehmen.

- Eine zentrale Bewerberliste sollte es nur für Dauereinstellungen geben.

- Es geht nicht an, dass – wie zu Beginn dieses Schuljahres – Mittel der Personalkostenbudgetierung für Einstellungen mit Dauerbedarf verwendet werden. Das ist nicht nur rechtlich problematisch; vor allem brauchen Schulen eine verlässliche Planung bereits vor den Sommerferien.

Gegenwärtig wird gerne der Eindruck erweckt, Mitbestimmung durch Personalräte sei lästig. Ich sehe das anders. Für den sozialen Frieden in der Schule ist es wichtig, Transparenz und Partizipation bei relevanten Vorgängen – und dazu zählen befristete Einstellungen zweifellos – zu gewährleisten. Man stelle sich vor, irgendwann entstünde in der Öffentlichkeit der Eindruck, Schulleiter könnten nach Gutsherrenart über Einstellungen entscheiden, die möglicherweise für Lebensperspektiven bedeutend sind!

Wir Schulleiter wollen selbst für Einstellungen für unsere Schulen verantwortlich sein und begrüßen es, dass hierfür nicht mehr übergeordnete Schulräte zuständig sind. Denn wir wissen am ehesten, wer zu unserer Schule passt. Deshalb brauchen wir auch personalvertretungsrechtliche Regelungen, die kompatibel zu den neuen Aufgaben der Schulleiter gemäß Schulgesetz sind und wirksame Mitbestimmung unbürokratisch, ohne Zeitverzögerung und basisnah ermöglichen. ■



Unter dem Motto „Jetzt sind wir dran - Schluss mit der Tarifmauer um Berlin!“ haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 19. September zum Warnstreik aufgerufen. Die Streikenden zogen vom Roten Rathaus zum Hause des Innensenators. Der Streik richtete sich gegen das Tarifangebot des Innensenators, das keine finanzielle Verbesserung enthält.

FOTO: TRANSIT/CHRISTIAN V. POLENTZ

Mete-Ekşi-Preis 2007: Jetzt ausgeschrieben

Noch bis zum 26. Oktober können Bewerbungen oder Vorschläge für den Mete-Ekşi-Preis eingereicht werden. Ausgezeichnet werden Projekte, die ermutigende Beispiele sind für ein friedliches Zusammenleben von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft. Das Preisgeld beträgt 3.000 Euro. Vorschläge / Bewerbungen einreichen an: Mete-Ekşi-Fonds, c/o GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin. Die Preisverleihung findet am 17. November statt.

Gemeinsam gegen Mobbing im Internet

Einen Verhaltenskodex an Schulen und klare gesetzliche Regelungen zum Schutz von Lehrkräften vor Mobbing im Internet oder per Handy haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Juli vorgeschlagen. „Schule ist mehr als Unterricht. Lehrkräfte müssen immer stärker Erziehungsaufgaben wahrnehmen und Lernbegleiter junger Menschen werden. Sie haben die Aufgabe, Kinder und Jugendliche in diese Gesellschaft zu integrieren. Doch die Gesellschaft hat offenbar wenig Interesse, dass Schulen ihren Auftrag erfolgreich wahrnehmen können – wie sonst

ist zu erklären, dass Gelder für Präventionsmaßnahmen seit Jahren gekürzt werden, Schulpsychologen und Sozialarbeiter an allen Ecken und Enden fehlen“, sagte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne. Die vollständige Erklärung ist unter www.gew.de/Schul-Verhaltenskodex_und_klare_gesetzliche_Regelungen_gegen_Internet-Mobbing.html zu finden.

Die DGB-Jugend kommt in die Schulen

Vom 8. Oktober bis zum 16. November führt die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg wieder ihre „Berufsschultour“ durch. Dabei werden verschiedene Berufsschulen und Ausbildungsstätten angefahren, um vor Ort mit den Jugendlichen über ihre Rechte und Pflichten als junge ArbeitnehmerInnen zu sprechen. Es wird ein Infocenter im Foyer oder auf dem Schulhof aufgebaut, außerdem wird die Durchführung eines Projekttagess angeboten. Weitere Informationen unter www.berufsschultour.de und auf Seite 34 dieser blz.

OSZ Handel erhält den Titel „Schule ohne Rassismus“

Die größte Schule Europas, das Berliner Oberstufenzentrum Handel I in der Wrangelstraße, darf sich jetzt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

nennen. Die Schule wird von 7.200 SchülerInnen aus 76 Nationalitäten besucht. Für die Erlangung des Titels haben sich weit über 70 Prozent der Schüler mit ihrer Unterschrift verpflichtet, sich künftig aktiv gegen jede Form der Diskriminierung an ihrer Schule einzusetzen und regelmäßig Projekte zum Thema durchzuführen. Deutschlandweit gibt es inzwischen 377 Schulen, die sich dazu verpflichtet haben und den Titel „Schule ohne Rassismus“ tragen.

Steigende Tendenz in Berlin: Arm trotz Arbeit

Immer mehr Menschen können vom Lohn allein nicht leben und sind deshalb zusätzlich auf Finanzmittel aus Hartz IV angewiesen. Mit einem Anteil von 6 Prozent sogenannten Aufstockern und einem Anteil von 30,8 Prozent ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs), die gleichzeitig SGB-II-Leistungen beziehen, ist Berlin im Vergleich zu allen anderen Bundesländern der absolute Verlierer, heißt es in einer Erklärung des DGB, der diese Zahlen nach den Angaben einer aktuellen Studie der Bundesagentur für Arbeit berechnet hat. Zum Thema Armut siehe auch Seite 20 dieser blz.

Schlechtes Zeugnis für die landeseigene BIM

Die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) leistet nach Ansicht des Hauptpersonalrates schlechte Arbeit. Die verkündeten Einsparungen bei den Miet- und Nebenkosten seien vor allem Folge der Raumverdichtung, die den Beschäftigten häufig schlechtere Arbeitsbedingungen bringe. Zudem würden Schadstoffbelastungen der neuen Räume verschwiegen oder gar nicht erst geprüft und Sanierungsmaßnahmen ohne Rücksicht auf Lärm- und Staubbelastungen durchgeführt. Die Auftragsvergabe der BIM entziehe sich der öffentlichen Kontrolle, sodass Aufträge auch Firmen erhalten könnten, die keinen branchenüblichen Tariflohn zahlen. Und nicht zuletzt gebe es bei der BIM trotz immerhin 120 Beschäftigten keinen Personalrat.

Gegen die Pachtvertragsbedingungen der BIM, die das bestehende Bio-Bistro gefährdeten, protestierten auch Lehrkräfte und SchülerInnen am OSZ Verkehr. Sie forderten die BIM auf, die Pachterhöhung auf 4.000 Euro zurückzunehmen. „Wir lassen uns durch das inkompetente und unverschämte Vorgehen der BIM das Bio-Bistro nicht zerstören“, heißt es in der Resolution. ■

WIR TRAUERN

um unseren
lieben Kollegen



Adam Messmer
1957 – 2007

Adam war über 26 Jahre bei der GEW BERLIN beschäftigt. Trotz seiner jahrelangen schweren Krankheit kam sein plötzlicher Tod für uns völlig unerwartet. Er wird uns allen fehlen.

*Für den Vorstand und die Kolleginnen
und Kollegen der Geschäftsstelle*
Rose-Marie Seggelke Udo Jeschal
Katja Metzsig

WIR TRAUERN

um unsere Kollegin
und langjähriges GEW-Mitglied

**Sylvia
Steinhausen**

die am 31.07.2007 viel zu früh
im Alter von nur 54 Jahren
verstarb.

Die GEW-Bezirksleitung Reinickendorf

WIR TRAUERN UM

**Hubert Elpermann
und
Marion Helbig**

Sie sind in den Sommerferien tödlich
verunglückt.

Mit ihrer Kreativität, Kollegialität und
großem sozialen Engagement haben
sie viele Jahre lang an der Gestaltung
unseres Schullebens mitgewirkt und
dieses nachhaltig geprägt.

Marion war von den ersten Tagen der
Hans-Fallada-Schule bis 1998 bei uns
tätig und hat sich besonders für die
Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der
Grundschule und für eine bessere Zusammenarbeit von Grundschule und
Förderzentrum eingesetzt.

Hubert hat seit 1988 an unserer Schule gearbeitet und sich besonders im
Bereich Sport für Jungen im Förderzentrum engagiert. Fußballturniere, Skilanglaufreisen, psychomotorische Förderung und Freizeitsport gehörten zu seinen Schwerpunkten, ebenso wie die Durchführung von Türkeireisen und anderer Klassenfahrten. Er hat viele Klassen als Klassenlehrer betreut und zuletzt mit großem Einsatz am Aufbau einer Schülerfirma mitgewirkt. In unserem Kollegium ist eine große Lücke entstanden. Wir vermissen ihn sehr.

*Die Kolleginnen und Kollegen der
Hans-Fallada-Schule*

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbands-offiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

**Leute-Notiz zu Benno Linne,
Juli-blz 2007**

Interessant fand ich die kurze Notiz in der blz-Ausgabe 7/8 über Benno Linne, den ich bei meiner Arbeit an der Deutschen Schule Mexiko-Stadt-Süd kennen gelernt habe.

Inzwischen hat die leidige Linne-Geschichte ein für die Schule und die in Mexiko arbeitenden KollegInnen ein positives Ende gefunden.

Herr Linne ist vom Schulvorstand der Deutschen Schule Mexiko-Stadt entlassen worden, weil er seine Arbeit nicht korrekt gemacht hat. Ihm wurden diverse Fehler bei der Leitung der Schule nachgewiesen. Herr Linne weigerte sich dabei zwei Jahre lang beharrlich, sich mit der – durchaus konstruktiven – Kritik aus dem Kollegium und auch der Schulleitung auseinanderzusetzen und versuchte stattdessen, seine KritikerInnen mit Einschüchterungen, Abmahnungen und Entlassungsdrohungen mundtot zu machen.

Glücklicherweise sind ihm jetzt seine Grenzen aufgezeigt und seinem Treiben ein Ende gemacht worden. Zu hoffen und zu wünschen bleibt, dass es dem Kollegium jetzt gelingt, die von Herrn Linne demolierte Schule wieder nach vorne zu bringen.

Der Name ist der Redaktion bekannt

KORREKTUR DER FERIENZEITEN IM LEHRERKALENDER / GEW-KALENDER

Leider haben sich zwei ärgerliche Fehler in den neuen Lehrerkalender/GEW-Kalender eingeschlichen. Die Herbstferien 2007 und die Pfingstferien 2008 sind in der Ferienübersicht bzw. im Kalendarium falsch abgedruckt. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen für diesen Fehler um Entschuldigung.

Udo Jeschal, Redaktion Lehrerkalender

Hier die gültige Ferienordnung:

Schuljahr 2007/08	Ferienbeginn	Ferienende	letzter Unterrichtstag	erster Unterrichtstag
Herbstferien	Mo 15.10.2007	Sa 20.10.2007	Fr 12.10.2007	Mo 22.10.2007
Weihnachtsferien	Mo 24.12.2007	Sa 12.01.2008	Fr 21.12.2007	Mo 14.01.2008
Winterferien	Mo 04.02.2008		Fr 01.02.2008	Di 05.02.2008
Osterferien	Mo 17.03.2008	Sa 29.03.2008	Fr 14.03.2008	Mo 31.03.2008
Unterrichtsfreier Tag	Fr 02.05.2008		Mi 30.04.2008	Mo 05.05.2008
Pfingstferien	Di 13.05.2008	Fr 16.05.2008	Fr 09.05.2008	Mo 19.05.2008
Unterrichtsfreier Tag	Mi 16.07.2008		Di 15.07.2008	Mo 01.09.2008
Sommerferien	Do 17.07.2008	Fr 29.08.2008	Di 15.07.2008	Mo 01.09.2008



Semesterstart

Es ist Oktober, das Semester beginnt und wir folgen unserer Tradition, diese Nummer der Hochschule zu widmen. Im Zentrum dieses Titels stehen die Rahmenbedingungen fürs Studium und die Studierenden. Das Spektrum reicht von individuellen Fragen bis hin zur Zukunft der Hochschulen.

Am Anfang steht eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage der Finanzierbarkeit des Studiums von einer oft unbeachteten Seite: Unter welchen Bedingungen können Studierende Hartz IV beziehen? Der zweite Artikel wirft ein Schlaglicht auf die Generation Praktikum mit ihren spezifischen Problemen und Fragestellungen. Die besondere Situation von Studie-

renden mit Migrationshintergrund wird im folgenden Artikel beleuchtet. Das Dilemma um die Exzellenzinitiative ist Thema eines Artikels von Rainer Hansel und den Abschluss bildet ein Interview mit Andy Möbius zum derzeitig laufenden Hochschul-Volksbegehren.

Zum Schluss ganz praktisch: Alle, die Probleme im Studium haben, oder sich auch schon vor dem Studium informieren möchten, können sich beraten lassen, Infos gibt's bei eurer jeweiligen Studierendenvertretung, z.B. hier:

www.astafu.de, www.refrat.hu-berlin.de

Studierende in der Hartz IV-Schlange

Infos, die sich lohnen können: In engen Grenzen haben Studierende Anspruch auf Hartz IV.

von Diana Greim, stellvertretende Vorsitzende der GEW BERLIN

Immer mehr Studierende suchen einen Ausweg aus finanziellen und persönlichen Schwierigkeiten über die scheinbar einfache Lösung Hartz IV (das sogenannte Gesetzespaket, das sämtliche staatlichen Sozialleistungen enthält). Ausgehend davon, dass ein Urlaubssemester ausreicht, um einen Antrag beim Jobcenter zu stellen, wählen viele Studierende diesen Weg und begeben sich damit in den Verwaltungsdschungel, der für sie einige Überraschungen offen hält.

Mit der Einführung des SGB II zum 1. Januar 2005 hat sich die Sozialgesetzgebung und Rechtsprechung grundlegend verändert, auch für Studierende. Unter bestimmten, engen Bedingungen, können diese nun Leistungen nach dem SGB II erhalten.

Allgemein berechtigt, Arbeitslosengeld II (AlgII) bzw. Sozialgeld (SGB II) zu erhalten, sind Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die erwerbsfähig sind (Alg II) und Angehörige (Partner/Kinder), die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben (Sozialgeld). Als erwerbsfähig gelten Personen, die gesundheitlich in der Lage sind, auf absehbare Zeit (= sechs Monate) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt drei Stunden täglich zu arbeiten (§ 8 Abs. 1 SGB II), was bei Studierenden in der Regel der Fall sein wird. Studierende, die BAföG bekommen, keine Kinder haben und nicht bei den Eltern wohnen, haben keinen Anspruch auf Wohngeld, Sozialhilfe oder ALG II. Eine Ausnahme besteht für Studierende mit Kind sowie für behinderte und chronisch kranke Studierende. Für alle anderen besteht vielleicht Hoffnung – aber wie so oft bei Sozialleistungen wird's erst mal etwas komplizierter.

Der Weg durch die Verwaltung

Um als erwerbsfähig eingestuft zu werden, sollten sich Studierende beurlauben, da sie dann nicht vorrangig studieren, das heißt den Studierendenstatus verlieren und nun als ArbeitnehmerInnen gelten. In der Regel nimmt man ein Urlaubssemester um ins Ausland zu gehen, ein Praktikum zu absolvieren oder den Abschluss vorzubereiten. Doch zeigt sich anhand der Beratungserfahrungen in den studentischen Sozialberatungsbüros, wie beispielsweise das Humboldt BeraterInnen Netzwerk (Hu.Ber.Net), dass immer mehr Studierende eine Möglichkeit suchen, für ein Semester eine finanzielle Grundsicherung zu haben, da sie oftmals Burnout-Symptome zeigen. Wie die Studierbarkeitsstudie an der HU sowie die 18. Sozialerhe-

bung des Studierendenwerkes zeigt, arbeiten über 60 Prozent aller Studierenden, um sich den Lebensunterhalt neben dem Studium zu finanzieren. In Kombination mit immer engeren Studienplänen, familiären Belastungen und anderen schwierigen Lebensumständen ist es nicht verwunderlich, dass dieser enorme Workload zusammen mit der ständigen Existenzangst zu dem Wunsch führen kann, eine Pause einzulegen. Dasselbe gilt für Zeiten der Prüfungsvorbereitung.

Grundsätzlich gilt: Eine Beurlaubung ist immer dann empfehlenswert, wenn voraussichtlich mehr als drei Monate eines Semesters z.B. wegen Krankheit am Studium nicht teilgenommen werden kann. Falls man BAföG erhält, ist man sogar dazu verpflichtet, sich bei entsprechend langer Krankheit beurlauben zu lassen und auf Sozialhilfe bzw. ALG II zurückzugreifen. Während der Beurlaubung hat man grundsätzlich keinen BAföG-Anspruch. Da man offiziell auch nicht studiert, bleibt dann ALG II offen – wenn der/die Studierende arbeitsfähig ist. Ist kein BAföG-Anspruch mehr vorhanden (das ist dann der Fall, wenn ihr die Regelstudienzeit um mehr als zwei Semester überschritten habt oder bei Fachwechseln, die im Sinne des BAföG-Gesetzes nicht notwendig waren), so besteht die Möglichkeit, Wohngeld zu erhalten. Wer nur der Höhe nach kein BAföG erhält (wegen Einkommen der Eltern oder eigenem Einkommen oder Vermögen), hat auch als StudierendeR keinen Wohngeld-Anspruch.

Doch ein Urlaubssemester bedeutet nicht gleich einen garantierten Anspruch auf eine staatliche Unterstützung. Nach einer Richtlinie der Bundesagentur für Arbeit kann einE beurlaubte Studierende in besonderen Härtefällen eine Unterstützung in Form eines unverzinsten Darlehens erhalten. Ein besonderer Härtefall liegt beispielsweise vor, wenn

- das Studium wegen der Geburt und der Betreuung eines Kindes ruht.
- das Studium wegen Krankheit, Schwangerschaft oder Behinderung länger dauert, als es durch das BAföG gefördert werden kann und der erfolgreiche Abschluss wegen fehlender Mittel gefährdet wäre.
- es einem Schwerbehinderten bei Abbruch der Ausbildung langfristig und möglicherweise auf Dauer nicht möglich sein wird, seinen Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit ausreichend zu sichern.
- ein mittelloser StudierendeR sich in der akuten Phase des Abschlussexamens befindet und ihm deshalb ein Abbruch der Ausbildung nicht zugemutet werden kann.



Diana Greim

FOTO: PRIVAT

- Dagegen sehen die Hinweise der Bundesagentur für Arbeit unter Bezug auf die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte einen besonderen Härtefall nicht als gegeben an, wenn die Ausbildung ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung aus wirtschaftlichen Gründen abgebrochen werden müsste oder die Ausbildung als alleinerziehender Mutter/Vater betrieben wird, falls nicht weitere bedeutende Erschwernisse hinzutreten.

Unbedingt beraten lassen

Härtefälle, bei denen man Beihilfe (kein zurückzahlendes Darlehen) erhält, können sein: Behinderung, Krankheit (beispielsweise Burnout-Syndrom) oder Pflegebedürftigkeit, teilweise auch in der Phase vor der Erstantragsstellung auf BAföG und dem frühestmöglichem Vorschuss (§ 51 Abs. 2 BAföG: frühestens nach sechsmonatiger Prü-

fungszeit bzw. zehn Kalenderwochen ohne Zahlung) und für die Examenszeit, wenn die BAföG-Förderungshöchstdauer ausgelaufen war.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass ein Erfolg bei Antragsstellung nicht garantiert ist. So zeigte sich bei der studentischen Sozialberatung, dass die Berliner Agentur für Arbeit Anträge von Studierenden in erster Linie ablehnt, oftmals aus nicht nachvollziehbaren scheinbar willkürlichen Gründen. Bevor ein Antrag gestellt wird, sollte sich deshalb jeder Studierende im Sozialberatungsbüros des AstAs bzw. RefRats der Hochschule erkundigen. Die BeraterInnen vor Ort haben in der Regel schon viel Erfahrungen mit dem Thema und können Tipps und Tricks für einen erfolgreichen Antrag auf Sozialhilfe geben. ■

Weitere Infos: www.studis-online.de.

Beratungen: www.refrat.hu-berlin.de, www.asta.fu-berlin.de, www.asta.tu-berlin.de

Unterbezahlt und fest eingeplant

Nach Abschluss des Studiums verharren viele in einer Praktikasschleife.

von Jessica Heyser, DGB-Jugend

Im Auftrag der DGB-Jugend haben die Wissenschaftler Dieter Grünh und Heidemarie Hecht die „Generation Praktikum“ unter die Lupe genommen. Diese Studie liefert erstmals empirische Daten zur beruflichen Situation von HochschulabsolventInnen mit dem speziellen Fokus auf Praktika und andere Formen prekärer Beschäftigung nach dem Studium. Befragt wurde der AbsolventInnenjahrgang des Wintersemesters 2002/03 der FU Berlin und der Universität Köln zu den Praktika

kenntnisse und Berufserfahrung vorweisen und mehrere Fremdsprachen fließend beherrschen. Und das alles möglichst billig und rund um die Uhr.

Auch wenn Universitäts- und FachhochschulabsolventInnen, das belegen auch die Ergebnisse der Studie, immer noch zu den Privilegierten auf dem Arbeitsmarkt zählen, so sind auch sie zunehmend von prekärer Beschäftigung betroffen. Ein Studium garantiert nicht mehr einen schnellen Übergang in eine qualifizierte, fair bezahlte Tätigkeit. Stattdessen sind HochschulabsolventInnen zunehmend genötigt, mit schwierigen Jobverhältnissen vorlieb zu nehmen oder auch nach dem Studium noch Praktika zu absolvieren: Gegenüber dem AbsolventInnenjahrgang 2000, also innerhalb von zwei Jahren, stieg der Anteil derjenigen, die nach dem Studienabschluss noch mindestens ein Praktikum machen, von 25 auf 41 Prozent um 16 Prozentpunkte.

Bei diesen Praktika handelt es sich oftmals nicht um Praktika im eigentlichen Sinne, also nicht um Lernverhältnisse, sondern um „verdeckte reguläre Beschäftigung“. Dies belegen die Aussagen der befragten AbsolventInnen: Nur ein Drittel gibt an, dass das Lernen im Vordergrund stand. Und die Hälfte führt an, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit fest in den Betriebsablauf eingeplant waren. Darüber hinaus empfinden 36 Prozent der AbsolventInnen die Arbeitsbelastung im Praktikum als sehr

Für die AbsolventInnen besteht eine unsichere Berufsperspektive und dies in einem Alter, in dem es auch um eine mögliche Familiengründung und die finanzielle Absicherung für das Alter geht.

nach dem Studium, zur Berufseinstiegsbiografie und zur Situation auf dem Arbeitsmarkt im Herbst 2006, also dreieinhalb Jahre nach Studienabschluss.

Insgesamt beobachten wir, dass die Anforderungen an BerufseinsteigerInnen in den letzten Jahren immer höher geworden sind: Sie mögen flexibel und leistungsfähig sein, sie sollten gute Fach-



hoch. Nur jeder Zehnte der AbsolventInnen fühlt sich angemessen bezahlt.

Ein Praktikum nach dem Studium dauert durchschnittlich sechs Monate. Werden mehrere Praktika hintereinander absolviert, so verlängert sich diese Phase. Etwa die Hälfte dieser Praktika ist unbezahlt, sodass andere Einkommensquellen während dieser Zeit gefunden werden müssen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Bei zwei Dritteln der Befragten kommt die finanzielle Unterstützung von den Eltern.

Die Studie belegt, dass postgraduelle Praktika ein Symptom einer allgemeinen Entwicklung sind: Die „Berufseinstiegsphase“ für AkademikerInnen verlängert sich insgesamt. Eine sichere Berufsperspektive besteht dreieinhalb Jahre nach Studienabschluss längst nicht für alle: Nur 39 Prozent der AbsolventInnen haben dann einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Eine unbefristete Anstellung ist also für eine große Gruppe akademischer BerufseinsteigerInnen jedenfalls zunächst in weiter Ferne. Dagegen spielen freiberufliche und selbstständige Tätigkeiten eine immer größere Rolle, was unter anderem dem „Outsourcing“ vieler Beschäftigten geschuldet ist. So sind 15 Prozent der Befragten dreieinhalb Jahre nach dem Abschluss freiberuflich oder selbstständig tätig. Diese AbsolventInnen befinden sich häufig in einer prekären Arbeitssituation. Viele von ihnen geben an, unter der Unsicherheit zu leiden. Außerdem ist ihr Einkommen sehr niedrig.

Erschreckend ist, dass Frauen von dieser Entwicklung stärker betroffen sind als Männer: 23 Prozent der Männer und fast doppelt so viele Frauen machen nach dem Studium noch mindes-

tens ein Praktikum. Auch sind Frauen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und ihr späteres Einkommen liegt deutlich unter dem ihrer Kollegen. Wählen Frauen Studiengänge, die weniger Karrierechancen eröffnen? Wird Frauen weniger zuge-
traut? Oder zögern ArbeitgeberInnen, junge Frauen aufgrund einer möglichen Schwangerschaft einzustellen?

Die Studie macht deutlich: Was vor Jahren noch als „Normalarbeitsverhältnis“ galt, nämlich ein unbefristeter Arbeitsvertrag mit einer fairen Bezahlung, ist offenbar nur noch für eine Minderheit im Anschluss an das Studium „das Normale“. Für die meisten der befragten AbsolventInnen besteht eine unsichere Berufsperspektive und dies in einem Alter, in dem es auch um eine mögliche Familien-
gründung und die finanzielle Absicherung für das Alter geht.

Der Missbrauch unter dem „Label Praktikum“ muss verhindert werden. Praktika müssen zum Lernen da sein: PraktikantInnen dürfen keine billigen Arbeitskräfte sein! Und Praktika sind auch keine vorgelagerte Probezeit. Darum führt kein Weg daran vorbei, dass der Status Praktikant besser geschützt wird und gesetzliche Regelungen gefunden werden, die ein Praktikum als ein Lernverhältnis klarer definieren. ■

Feuerwehr-Praktikant im Einsatz. FOTO: IMAGO/SEELIGER

Dieter Grün und Heidemarie Hecht: Generation Praktikum? Prekäre Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Februar 2007. Studie des Arbeitsbereichs Absolventenforschung der FU Berlin im Auftrag der DGB-Jugend und der Hans-Böckler-Stiftung. Download und weitere Publikationen für Studierende: www.studentsatwork.org

Allein gelassen an der Uni

Studieren mit Migrationshintergrund in Deutschland.

von Lisa Malich, Sprecherin im Landesausschuss der Studierenden



FOTO: PRIVAT

Immigration und Bildung – diese Stichworte wecken zuallererst Assoziationen an die Rütli-Schule, Arbeitslosigkeit und die Diskussion um das deutsche Sprach-Gebot auf Schulhöfen. Als erfolgreiche Integration und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund scheint es schon fast auszureichen, wenn diese irgendeinen Schulabschluss erreichen – meist ist es der Hauptschulabschluss. Trotz der Debatte um den Mangel an Fachkräften und dem ausdrücklichen Willen der Bundesregierung, die Zahl der Studierenden zu erhöhen, ist in der Diskussion um universitäre Bildungspolitik eine Leerstelle zu verzeichnen: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als potenzielle Studierende kommen nicht vor – von den spezifischen Problemen und dem besonderen Förderungsbedarf dieser Gruppe ganz zu schweigen.

Verschwendung von Potenzialen

Wie die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zeigt, geht gerade in dieser Bevölkerungsgruppe viel Potenzial verloren. Diese Studie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Studierender in Deutschland berücksichtigt in ihrer 18. Ausgabe zum ersten Mal auch die spezifische Situation von Studierenden mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Weniger als ein Zehntel aller Studierenden haben im Jahr 2006 einen Migrationshintergrund, aber inzwischen rund ein Fünftel der Bevölkerung.

Mehr Förderung für MigrantenInnen ist nötig.

FOTO: IMAGO/ZENTRIX



Die Studie des DSW erfasst drei Untergruppen: Studierende mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung besitzen – sogenannte BildungsinländerInnen – (43 Prozent), Studierende mit doppelter Staatsbürgerschaft (11 Prozent) und eingebürgerte Studierende (46 Prozent). Betrifft die Erhebung des Studentenwerks die gesamtdeutsche Situation, so ist die Berliner Situation vergleichbar. Leider liegen uns keine direkten Vergleichswerte für Berlin vor. Auf AbiturientInnen des Schuljahres 2005/2006 bezogen, sehen die Zahlen wie folgt aus: mehr als ein Drittel eines Schuljahrgangs schafft das Abitur. Im Bereich der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache schafft das Abitur ein Sechstel eines Jahrgangs, der Anteil ist hier nur noch halb so groß, wie auf den gesamten Schuljahrgang bezogen.

Die Gründe für die äußerst geringe Zahl Studierender mit Migrationshintergrund sind vielfältig. Ein Hauptfaktor steht in Zusammenhang mit dem allgemeinen Problem des deutschen Bildungswesens, in dem die soziale Herkunft stärker als in jedem anderen europäischen Land mit der Bildungskarriere zusammenhängt: 41 Prozent der MigrantInnen stammen aus niedrigen sozialen Schichten, aber nur 13 Prozent der deutschen Studierenden. Um sich Lebensunterhalt und Studium finanzieren zu können, sind Studierende mit Migrationshintergrund dementsprechend dringlicher auf BAföG und Nebenjobs angewiesen. So liegt der Anteil der jobbenden Studierenden bei den MigrantInnen mit 67 Prozent um 4 Prozentpunkte höher als bei allen Studierenden. Und auch ihre BAföG-Quote liegt bei einem Drittel, bei der Gesamtheit aller Studierenden bei rund einem Viertel.

Angesichts der Belastungen, die sich aus der unzureichenden finanziellen Lage während des Studiums ergeben, ist es wohl kaum verwunderlich, dass sich viele der potenziellen Studierenden gleich ganz von einem Studium abschrecken lassen – oder es nach anfänglichen Versuchen wieder abbrechen. Zwar liegen keine offiziellen Absolvenzzahlen für Studierende mit Migrationshintergrund vor. Überschlagsrechnungen des Hochschul-Information-Systems (HIS) – die sich nur auf BildungsinländerInnen beziehen – lassen allerdings auf einen Schwund von rund 45 Prozent schließen. Damit ist die Abbrecherquote in dieser Bevölkerungsgruppe doppelt so hoch wie bei deutschen Studierenden.

Den zweiten bedeutenden Faktor für die niedrige Studierendenzahl und die hohe Abbrecherquote stellt ein altbekanntes Problem dar: die man-

gelnden Deutschkenntnisse, die auf allen Stufen des Bildungssystems zur Hürde werden.

Förderprogramme fehlen

Beschränkt sich die Sprachförderungen für MigrantInnen meist nur auf die ersten Schuljahre, so wird zunehmend verständlich, dass die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache GymnasialInnen ebenso betreffen wie Studierende. Oft ist die Alltagssprache vieler MigrantInnen perfekt, doch in der Schriftsprache und vor allem im akademischen Fachjargon treten Defizite auf. Sprachkurse und Tutorien, die sich speziell an die Bedürfnisse Studierender mit Migrationshintergrund richten, fehlen an deutschen Universitäten allerdings völlig.

Außerdem machen diese Studierenden auch noch Erfahrungen mit Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung. Zwar sind an der Hochschule offener Rassismus und offene Gewalt – wie sie sich jüngst wieder in Ereignissen wie der Hetzjagd von Mügeln gezeigt haben – äußerst selten. Subtile Formen der Ausgrenzung finden jedoch auch an der Universität statt. Z. B. laden KommilitonInnen nicht zu ihrer Lerngruppe ein, ProfessorInnen besetzen die eine Hilfskraftstelle lieber mit jemand anderem.

Andere Nationen haben diese Probleme schon lange erkannt. So versuchen etwa die USA, Großbritannien und die Niederlande die Zahl der AkademikerInnen aus ethnischen Minderheiten mit gezielten Programmen zu erhöhen. Daran sollten sich die deutschen Hochschulen ein Beispiel nehmen. ■

Das Exzellenzdilemma

Kritische Auseinandersetzung mit der neuen Hochschulpolitik.

von Rainer Hansel, Leiter des Referats Hochschule und Forschung

Mit dem durch die Bundesregierung ausgelobten Exzellenzwettbewerb hat die Diskussion um Eliteuniversitäten und die Bedeutung von Forschung und Lehre neuen Nährstoff erhalten. Nachdem die Berliner Universitäten in der ersten Runde des Wettbewerbs erfolglos waren, warten jetzt alle Beteiligten gespannt auf die Ergebnisse der zweiten Runde. Diese werden am 19. Oktober 2007 präsentiert. Für alle Hochschulen der Bundesrepublik werden damit entscheidende Weichen gestellt, dazu im Folgenden der Reihe nach.

Die Wettbewerbssituation

Die Bundesregierung hat sich entschlossen, einen mit viel Geld geförderten Exzellenzwettbewerb zu initiieren und durchzuführen. Als Ziel wurde die Entwicklung von Spitzenleistungen auf dem Gebiet der Graduiertenförderung, der Forschungszusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Form von Exzellenzclustern und der Entwicklung von Zukunftskonzepten der Hochschulen auf dem Weg zur Elitehochschule ausgegeben. Über fünf Jahre erhalten die Graduiertenbereiche jeweils eine Million Euro jährlich, die Exzellenzcluster je sechs Millionen und die Hochschulen mit tragfähigen Zukunftskonzepten je fünfzehn Millionen Euro. Während Graduiertenschulen und Exzellenzcluster nahtlos an bestehende Förderprogramme an-

knüpfen können, setzt die Förderungswürdigkeit von Zukunftskonzepten für Hochschulen Exzellenzcluster und Graduiertenschulen voraus. Zukunftskonzepte sind in der Regel weitgehende Absichtserklärungen, die zwar an konkrete Organisationsentwicklungskonzepte anknüpfen, dann jedoch beinahe gleichförmig Ideen des New Public Management folgen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist ein Exzellenzwettbewerb ein zweiseitiges Schwert. Einerseits ist es zu begrüßen, wenn die gesellschaftliche Diskussion um Qualitätsmaßstäbe und deren Umsetzungsmöglichkeiten geführt wird. Ebenso ist zu begrüßen, dass zusätzlich Geld bereitgestellt wird. Die andere Seite der Medaille spricht eine andere Sprache. Die Bundesrepublik Deutschland investiert nach allen internationalen Statistiken deutlich zu wenig und weniger als vergleichbare Länder in die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zusätzlich verschärft die Umverteilung von Mitteln in den Exzellenzwettbewerb bestehende Defizite, sie beseitigt sie nicht. Selbst wenn man die weiteren Initiativen der Bundesregierung zur Förderung bestimmter Wissenschaftsgebiete hinzunimmt, investiert Deutschland im internationalen Vergleich immer noch zu wenig.

Eine zweite kritische Anmerkung bezieht sich auf die Kompetenzverteilung in Deutschland. Im Zuge der Föderalismusreform sind die Zuständigkeiten im Bildungsbereich fast vollständig den



Rainer Hansel

FOTO: KAY HERSCHELMANN



Exzellente Studienbedingungen?

FOTO: IMAGO/SCHÖNING

Ländern zugewiesen worden, während Forschungsfragen starke Bundeszuständigkeiten haben. Statt Lehr- und Forschungsfragen zu bündeln, um einem immer wieder hochgehaltenen Ideal der Einheit von Lehre und Forschung stärkeren Nachdruck zu verleihen, führt dieser Zuständigkeitsdualismus Bund/Land zur nachrangigen Entwicklung der Lehre. Dadurch, dass der Forschungsbereich seine Mittel auf wenige Einrichtungen konzentriert, wird in den forschungsstarken Universitäten die Lehre vernachlässigt, einige Hochschulen sehen die Lösung im Massenbetrieb. Während in Forschungsfragen das Exzellenzgerangel läuft, ist das Lehrthema von Exzellenzdiskussionen weitgehend freigehalten. Kein Bundesland hat bis jetzt einen Exzellenzwettbewerb Lehre aufgelegt. Alles in allem wird die Lehre weiter vernachlässigt. Letztes Jahr haben wir die Politik aufgefordert, einen Exzellenzwettbewerb im Kernbereich der Länderzuständigkeit – der Lehre – zu initiieren und umzusetzen. Interessanterweise hat Jürgen Zöllner dies als KMK-Vorsitzender im Januar auf seine Fahnen geschrieben. Umgesetzt davon ist nichts: Die Lehre ist und bleibt damit Stiefkind der Hochschulentwicklung in Berlin. Die GEW BERLIN wird ihre Forderungen für exzellente Studienbedingungen anknüpfend an die Untersuchungen zur Studierbarkeit, aber auch zu Ausstattungs- und Mobilitätsfragen weiterentwickeln müssen, um die Lehre stärker in den Mittelpunkt der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen rücken zu können.

Die Anzahl der StudienbewerberInnen wird in den nächsten Jahren drastisch steigen – besonders im Jahr 2013 durch die Verkürzung des Abiturs auf 12 Jahre. Bund und Länder haben sich im Hochschulpakt 2020 durch moderate finanzielle Zuschüsse darauf geeinigt, die Studienkapazitäten auszuweiten beziehungsweise in den neuen Bundesländern und Berlin wegen der rückläufigen Bevölkerungszahlen auf dem aktuellen Stand zu halten. Dies könnte man als Lösungsansatz akzeptieren, wenn die Ausgangsbedingungen erträglich

wären. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Die Hochschulen sind durchgängig unterfinanziert. Die starken Kürzungen der letzten Jahre (in Berlin sind die Kürzungen aus dem Jahr 2004 im Umfang einer großen Universität noch präsent) haben die Studienbedingungen verschärft. Die laufenden Umstellungen der Studiengänge auf die neuen gestuften Abschlüsse Bachelor und Master haben die dafür nicht vorhandenen Lehr- und Betreuungskapazitäten offenbart.

Konsequenzen für Berlin

Die Entscheidungen des Exzellenzwettbewerbs werden in Berlin begleitet von dem Ende Juni 2007 vorgestellten Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft“. Unter Einbeziehung einer noch gar zugunsten von Berlin getroffenen positiven Entscheidung sollen 300 Millionen (mit 110 Millionen Euro Bundesmitteln und 30 Millionen Landesmitteln als Kofinanzierung in fünf Jahren) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Spitzenforschung bereitgestellt werden. Dabei sind auch noch knapp 10 Prozent der Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 zur Sicherung der bisherigen Anzahl von Studienplätzen in Berlin.

Nehmen wir einmal den wahrscheinlichsten Fall an: Einige Berliner Hochschulen sind teilweise erfolgreich und es werden weitere Graduiertenzentren und Exzellenzcluster eingerichtet. Neben den Effekten der Konzentration auf die erfolgreichen Fächer und damit der verbundenen Frage der Nachhaltigkeit derartiger Schwerpunktsetzungen, stellen sich aus gewerkschaftlicher Sicht zwei Fragen.

Zum einen wird eine Hochschulentwicklung in Gang gesetzt, die im Wettbewerb erfolgreiche Bereiche fördert, während andere finanziell fast bis zur Schließung eingeschränkt werden. Der Haushalt insgesamt bleibt gleich, das Geld wird nur anders verteilt. Was wird dann mit einer zuvor abgestimmten Hochschulentwicklungsplanung? Dies ist übrigens ein auch für die Bundesrepublik nicht zu unterschätzendes Problem: Ganze Fachgebiete, insbesondere kleine, werden in diesem Wettbewerb bundesweit nicht bestehen können und dann finanziell und personell ausgetrocknet, sprich abgewickelt.

Ein anderes Problem berührt tarifliche Fragen: Bis 2009 sind betriebsbedingte Kündigungen per Vereinbarung ausgeschlossen. Brauchen wir nicht bereits jetzt Vereinbarungen über die Personalentwicklungskonzepte ab 2010? Betriebsbedingte Kündigungen an den Hochschulen können kein Konzept zur Entwicklung von Exzellenz sein. Wissenschaftsspezifische Lösungen und tarifvertragliche Vereinbarungen müssen diskutiert und abgeschlossen werden.

Apropos Tarife. Geld und Mobilität gehören ebenfalls in den Problemkatalog der Exzellenzentscheidungen. Beim aktuellen Stand der Tarifent-

wicklung liegen die Berliner Hochschulen bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen 12 Prozent unterhalb des Bundesniveaus und ab 2008 dann 14,9 Prozent. Dies ist wie die Ost-West-Schere vor der Einkommensangleichung in Berlin. Wir führen sie in exzellenten Arbeitsgruppen wieder ein: Bei einem gemeinsamen Forschungsprojekt arbeiten unter Umständen sogar in einem Haus, an einem Tisch MitarbeiterInnen mit höchst unterschiedlichen Einkommen und Arbeitszeiten. Ähnliches ist beim Wechsel zwischen verschiedenen Partnern von Forschungsvorhaben absehbar. Da Forschungseinrichtungen überwiegend bundesfinanziert sind und damit TVöD-Tarifrecht anwenden, sind Wechsel jeweils mit Verlusten in den Erfahrungsstufen verbunden. Dies kann zwar übertariflich gemildert werden, es sollte jedoch eine mobilitätsfördernde tarifliche Regelung durchgesetzt werden.

Widersprüchlicher Diskurs

Bleibt im Zusammenhang mit den Exzellenzentscheidungen noch ein Bereich zu betrachten. In der Entscheidung um die Zukunftskonzepte der Universitäten mischen die Freie Universität und die Humboldt-Universität nach der ersten Begutachtung noch mit. Gleich ob als „Internationale Netzwerkuniversität“ (so der Titel der FU) oder als „Humboldt ins 21. Jahrhundert übersetzende Ein-

richtung“ (HU), beiden Konzepten liegt eine präsidiale Vorstellung von Hochschulentwicklung zugrunde, die viele Fragen nach rechtlichen Rahmenbedingungen, Teilhabe der Mitglieder der Hochschulen an den Entscheidungsprozessen, der Personalstruktur, der nachhaltigen Hochschultransformation und deren Kriterien, der Rolle der Lehre in den Hochschulentwicklungsprozessen und vieles mehr aufwerfen. Letztlich sind diese Fragen eng mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes verbunden, die parallel mit den Exzellenzentscheidungen auf den Weg gebracht wird. Die GEW BERLIN hat ihre Positionen zu Eckpunkten dieser Entwicklung zusammengefasst und wird für die Umsetzung ihrer Vorstellungen streiten.

Was immer unter dem Begriff der Exzellenz diskutiert wird, es führt in einen widersprüchlichen Diskurs: Bund gegen Länder, Forschung gegen Lehre, nachhaltige Hochschulentwicklung gegen kurzfristige Förderung, New Public Management gegen Beteiligung der Beschäftigten und Studierenden, Konkurrenz um knappe Gelder gegen Kooperation, starrer tariflicher Status gegen bildungsspezifische tarifliche Entwicklungen, zerfasernde und teilweise prekäre Arbeitsbedingungen gegen motivierende und im internationalen Kontext mobilitätsfördernde Beschäftigungsbedingungen.

Die GEW BERLIN arbeitet konstruktiv mit an Veränderungen und Entwicklungsprozessen für Beschäftigte und Studierende, für Rahmenbedingungen im Studium und am Arbeitsplatz. Grundlage dafür müssen mehrheitsfähige, demokratische Entscheidungsprozesse sein. ■

Feierlicher Abschluss des Studiums. FOTO: IMAGO/PAPSCH



Mehr Demokratie an die Uni

Ein Volksbegehren lebt auf.

Diana Greim interviewt Andy Möbius vom Berliner
„Bündnis für Solidarität und freie Bildung“

Diana Greim: Hallo Andy, im Moment läuft ein Volksbegehren „Offene und demokratische Hochschulen“ in Berlin. Was sind die wesentlichen Forderungen des Volksbegehrens?

Andy Möbius: Es gibt drei Forderungen: Studiengebührenfreiheit, unbeschränkter Masterzugang und Viertelparität in allen Hochschulgremien; doch alle drei lassen sich eigentlich auf eine Formel bringen: Wir wollen selbstbestimmte und freie Bildung an den Hochschulen und den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Exzellenzinitiative, Studiengebühren und der Bolognaprozess zielen auf einen privatisierten Bildungsmarkt.

DG: Aber wieso genau diese drei Forderungen?

Andy Möbius: Wir fühlen uns insbesondere in diesen drei Bereichen gerade angegriffen: In vielen Bundesländern gibt es mittlerweile Studiengebühren. An dieser Entwicklung war Jürgen Zöllner, der Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, aktiv beteiligt: Er hat 2004 das Studienkonten-Modell in Rheinland-Pfalz eingeführt. Studienkonten sind der Einstieg in ein Gegenleistungsdenken im Bildungsbereich. Das Studium wird zur privaten Investition in die persönliche Zukunft und ist damit kein staatlich zu gewährendes Bürgerrecht mehr.

Eine Zulassungsbeschränkung für den Master ist vielerorts im Gespräch: Keineswegs alle Bachelor-AbsolventInnen sollen einen MA-Platz bekommen. Doch die Kriterien sind unklar. Die Studierbarkeitsumfrage an der HU zeigt, dass die allermeisten Studierenden mit diesem Teil der Umsetzung von Bologna unzufrieden sind. Für viele angestrebte Berufe zum Beispiel im Lehramt ist der MA unumgänglich, sodass die Zugangsbeschränkungen die Berufswahlfreiheit nach dem Grundgesetz einschränken würde. Aber auch die akademische Selbstverwaltung wird von den aktuellen Prozessen nicht verschont: Jetzt schon kaum vorhandene demokratische Partizipationsmöglichkeiten der Studierenden sollen weiter minimiert werden. Die Exzellenzanträge verlangen nach kurzen effizienten Entscheidungswegen, das rechtfertigt aber nicht das Ausschalten von Demokratie. An Demo-

kratien müssen alle Betroffenen beteiligt werden.

DG: Was war die Motivation, dieses Volksbegehren zu starten?

Andy Möbius: Die Novelle des Berliner Hochschulgesetzes ist für diesen Winter zu erwarten. Wir trauen den PolitikerInnen nicht. Schon seit Jahren warten wir auf die versprochene Viertelparität. Deswegen wollen wir jetzt unsere Interessen selbst in die Hand nehmen. Ein Volksbegehren ist die einzige Möglichkeit, die Politik unter Druck zu setzen; wir haben es satt zu warten.

DG: Wer hat es initiiert?

Andy Möbius: Initiiert wurde das Volksbegehren von Studierenden mehrerer Berliner Hochschulen aus dem Umkreis des „Berliner Bündnis für Freie Bildung- gegen Studiengebühren“. Dieses Bündnis von Studierenden wird mittlerweile von den meisten Studierendenvertretungen unterstützt.

DG: Wie ist der Zeitplan und wie koordiniert ihr die Unterschriftensammlung?

Andy Möbius: Gesammelt wird für diesen Antrag zum Volksbegehren in der ersten Stufe bis zum 11. November 2007. Die Koordination für gemeinsame Unterschriftensammlungen liegt in unserer Hand. Darüber hinaus sind die Bögen in den ASten und verschiedenen Aus- und Abgabestätten in der Stadt erhältlich.

DG: Welche Erfolgsaussichten seht ihr, das Volksbegehren durchzubekommen?

Andy Möbius: Eine Zielsetzung dieses Volksbegehrens ist es auch, diese Themen in die Hochschulen und die Öffentlichkeit zu tragen. Ob uns dies bisher gut gelungen ist, kann schwer beantwortet werden. Ein großer Erfolg wurde jedoch schon erreicht: Eine der Regierungsparteien in Berlin unterstützt unser Volksbegehren. Somit kann man davon ausgehen, dass unsere Standpunkte und Argumente auch in den Diskussionen um die Novelle des Berliner Hochschulgesetzes einfließen werden. Die erste Stufe des Volksbegehrens werden wir im November erreichen, dann schauen wir weiter.

DG: Wie kann euch noch geholfen werden?

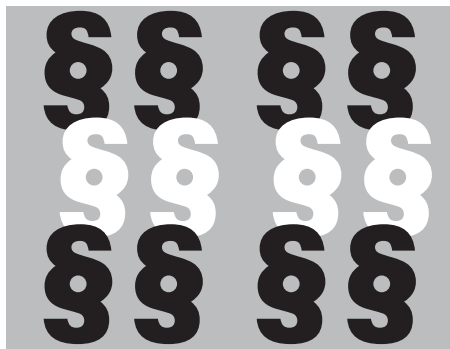
Andy Möbius: Erstens, indem jeder und jede Volljährige diesen Antrag unterschreibt. Zweitens, indem ihr Informationen und Antragsbögen an alle Bekannten und Freunde weitergebt. Drittens, indem ihr beim Sammeln helft. Wichtig beim Unterschreiben ist: immer alle Zettel zusammenheften! Alle Vornamen, mit denen ihr beim Meldeamt gemeldet seid, eintragen! Leserlich mit ausgeschriebenem Vornamen unterschreiben! Postleitzahl bitte nicht vergessen! ■

Weitere Informationen
findet ihr hier: [www.
freie-bildung-berlin.de](http://www.freie-bildung-berlin.de)



**Aktiv für Solidarität
und freie Bildung**





TEURE FRAUENTARIFE MÜSSEN BELEGT WERDEN!

„Private Krankenversicherungen, die für Frauen und Männer unterschiedliche Prämien vorsehen, müssen ab sofort die statistischen Daten veröffentlichen, von denen sie die geschlechtsabhängigen Tarife ableiten“, meldet der „Zweiwochendienst Frauen und Politik“. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das im August 2006 verabschiedet worden ist, erlaubt eine unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern nur, wenn die Berücksichtigung des Geschlechts ein bestimmender Faktor für die Risikobewertung ist. Schwangerschaft und Mutterschaft dürfen entsprechend dem AGG keinesfalls zu teureren Prämien für Frauen führen. Der Deutsche Juristinnenbund kritisiert allerdings, dass bis jetzt die notwendigen Daten noch nicht einmal erhoben werden. Eine Versicherung hat auf Nachfrage geantwortet, diese notwendigen Daten bis Jahresende zu erheben und die Tarife ggf. zu überprüfen. (HLZ)

KRANKENVERSICHERUNGSPFLICHT FÜR HONORARLEHRKRÄFTE

Mit der Gesundheitsreform 2007 wird eine allgemeine Versicherungspflicht in der Krankenversicherung eingeführt. Für Personen, die zuletzt in einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) waren, derzeit aber nicht versichert sind, gilt ab dem 1. April 2007 die Versicherungspflicht. Anders als in der Vergangenheit müssen jetzt die gesetzlichen Krankenkassen ihre ehemaligen Mitglieder aufnehmen. Wer sich später bei der ehemaligen Krankenkasse meldet, muss grundsätzlich den Beitrag rückwirkend zahlen. Diese neue Versicherungspflicht ist nachrangig zu anderen Pflichtmitgliedschaften, zum Beispiel aufgrund einer sozialversiche-

rungspflichtigen Beschäftigung oder im Rahmen der Familienversicherung.

Die Beitragsbemessungsgrenze für Freiberufler und andere Selbständige liegt weiterhin bei 1.837,50 Euro, was einem monatlichen Beitrag von 264 Euro entspricht. Bei Bedürftigkeit kann aber auf Antrag die Bemessungsgrenze auf 1.225 Euro gesenkt werden, was einem Beitrag von 176 Euro im Monat entspricht.

Bereits ab dem 1. Juli 2007 besteht für die PKVs die Pflicht, einen Standardtarif entsprechend dem späteren Basisstarif anzubieten. Aber für ehemals privat Versicherte (PKV) greift die neue Versicherungspflicht erst ab dem 1. Januar 2009. Ab diesem Zeitpunkt gibt es eine allgemeine Versicherungspflicht: Wer nicht in der GKV versicherungspflichtig oder freiwillig versichert ist und auch sonst keine anderweitige Absicherung für den Krankheitsfall vorweisen kann, muss sich privat krankenversichern. Für die PKV gilt ein Kontrahierungszwang und sie muss dann einen Basisstarif mit Leistungen entsprechend der GKV und ohne Gesundheitsprüfung anbieten. Der Beitrag soll den Beitrag in der GKV nicht übersteigen. Für finanziell Hilfsbedürftige soll es staatliche Zuschüsse geben. (HLZ/BW)

Weitere Informationen gibt es bei den Krankenkassen und unter www.dgb.de/themen/gesundheitspolitik/gesundheitsreform/index_html und unter www.die-gesundheitsreform.de

KINDERGELD: ES DARF GEJOBBT WERDEN

Für Kinder über 18 Jahre wird Kindergeld nur gezahlt, wenn deren Einkünfte im Jahr einen bestimmten Höchstbetrag, zurzeit 7.680 Euro, nicht übersteigen. Gerade bei Kindern im Studium bestand das Problem, dass durch Vollzeitjobs in den Semesterferien, gegebenenfalls kombiniert mit einem Nebenjob in der Vorlesungszeit, der Grenzbetrag überschritten wurde und damit die Kindergeldberechtigung für das gesamte Jahr wegfiel. Bereits im Jahr 2000 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass die Kindergeldberechtigung bei einer nur vorübergehenden Vollzeitbeschäftigung (nur) in diesen Monaten wegfällt, auch wenn der jährliche Grenzbetrag überschritten wird.

Mit Urteil vom 16. November 2006 hat der BFH die Möglichkeiten des „Jobbens in den Semesterferien“ noch erweitert (Aktenzeichen III R 15/06). Wird

trotz vorübergehender Vollzeitbeschäftigung der jährliche Grenzbetrag nicht überschritten, bleibt die Kindergeldberechtigung auch für die Zeit des Vollzeitjobs bestehen. Wird der jährliche Grenzbetrag überschritten, so muss geprüft werden, ob in der restlichen Zeit, in der keine Vollzeitbeschäftigung ausgeübt wird, der anteilige Grenzbetrag überschritten wird. Ist das der Fall, entfällt die Kindergeldberechtigung auch für die Monate ohne Vollzeitbeschäftigung. Nicht genau definiert ist, wann eine Vollzeitbeschäftigung vorliegt. Nach dem BFH liegt zumindest dann keine Vollzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit 20 Wochenstunden oder weniger beträgt. Nach Auffassung der Familienkassen ist bei einer Arbeitszeit von mindestens drei Vierteln der regelmäßigen Arbeitszeit von einer Vollzeitbeschäftigung auszugehen. (HLZ)

EIN X-BELIEBIGER GRUND HEBT DIE BEGRENZUNG AUF

Gibt ein Arbeitgeber in einem Vertrag über ein befristetes Arbeitsverhältnis einen falschen „sachlichen“ Grund für die Begrenzung auf einen bestimmten Zeitraum an (hier die Vertretung für eine Mitarbeiterin, die sich in Elternzeit befindet, was sich aber als falsch herausstellte), so läuft der Vertrag unbefristet weiter und kann nur unter den üblichen Bedingungen gelöst werden. So das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Aktenzeichen 2 Sa 793/06. (verdi-news 14/07)

ANZEIGE

Darlehen
für Beamte, Angestellte und Arbeiter des ö. D.

Zur Verwendung für:

- Ablösung teurer Altkredite
- Ausgleich des Girokontos
- Hypothekendarlehen
- Nachrangdarlehen
- Umschuldungen
- Barauszahlung

Festzins - niedrige Raten - lange Laufzeiten

Vertrauensvolle zügige Abwicklung

IM & KA GmbH
Warendorfer Str. 57, 48145 Münster

Tel: 0251 - 374 04 91
Fax: 0251 - 374 04 92
Mobil: 0172 - 868 75 42
service@imundka.de

www.imundka.de

Der hundertprozentige Schulbeginn

Die Rechenkünste des Jürgen Zöllner führen zur Unterausstattung der Schulen.



FOTO: TRANSIT/POLENZ

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Bildungssenator Jürgen Zöllner will vieles besser machen als sein Vorgänger Klaus Böger. Er will vor allem eines: Klarheit, Eindeutigkeit, abgesicherte Zahlen – und auf dieser Grundlage dann ein korrektes Einstellungsverfahren. Über allem schwebt sein Versprechen: Alle Schulen werden das neue Schuljahr mit einer 100prozentigen Ausstattung an Lehrkräften beginnen.

Juli: Eine kleine Hoffnung für Hannah

Davon hat Hannah nichts. Sie hat gerade ihr Referendariat beendet, für die diesjährige Einstellungsrunde war das zu spät. Hannah hat einen Job in einem Naturkostladen gefunden, der sie finanziell über Wasser hält und vor ALG II bewahrt. Viele ihrer MitreferendarInnen sind dabei, ihre Zelte in Berlin abzubauen. Sie werden in anderen Bundesländern unterrichten. Die, die wie sie in Berlin bleiben wollen oder müssen, sind irgendwo untergekommen, die Glücklichen in Jobs, die etwas pädagogische Praxis ermöglichen wie Schularbeitszirkel, Volkshochschulkurse, Freie Träger, die weniger Glücklichen an der Kasse eines Baumarktes oder einer Drogeriekette.

Hannah hat sich eine Hoffnung bewahrt: Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre, der „Nachschlag“ mitten in den Sommerferien! Die Signale sind auch jetzt eindeutig: Es wird nicht reichen! Dazu haben zu viele Schulleitungen darauf hingewiesen, dass sie zu wenig Lehrkräfte an Bord haben, es gab deutliche Hinweise von Elterninitiativen und Umfragen der GEW BERLIN und es gab verlässliche Prognosen über die Anzahl von KollegInnen, die nach den Ferien nicht wieder antreten würden.

Das hatte Senator Böger auch immer gewusst, und so gab es bei ihm in den letzten beiden Schuljahren das verlässliche Chaos, die zusätzliche Einstellungsrunde mitten in den Sommerferien. Die

Verfahren liefen entsprechend hektisch ab; Böger kann sich rühmen, das Wort „Lehrer-Casting“ in den Berliner Sprachgebrauch eingeführt zu haben. Darüber ist viel gelästert worden, und das zu Recht. Eines aber muss man Böger lassen: Er hat die Schulen nicht sehenden Auges in die Unterausstattung laufen lassen; er hat dem Finanzsenator noch während der Ferien zusätzliche Stellen abgerungen.

Sein Nachfolger macht das alles viel, viel solider. Die erste klare Aussage: Es gibt keine zusätzlichen Stellen. Der über die getätigten Einstellungen hinaus weitere erforderliche Bedarf wird über Umsetzungen gedeckt, nach Senatsangaben knapp 1.300. Damit sind Schulaufsicht, Schulleitungen und Beschäftigtenvertretungen bis weit in die Sommerferien hinein beschäftigt.

August: Das Notstandsgeschrei der GEW

Hannah jobbt. Es gibt keinen Nachschlag, sie hat sich mit dem Gedanken auf längeres Warten abgefunden. Eines allerdings macht sie stutzig. Die Kontakte zur alten Schule existieren noch; sie weiß, dass dort weiterhin Bedarf ist. So wie ihr geht es vielen ihrer ehemaligen KollegInnen. Auch viele Fristbeschäftigte, die am letzten Tag des alten Schuljahres aufhören mussten, hören das Gleiche: Wir hätten Euch weiter benötigt! Gegen Ende der Ferien mehren sich die Zeichen, dass das nicht das „Notstandsgeschrei“ der Gewerkschaft ist, wie es in einem journalistischen Kommentar heißt. Die Schulaufsicht gibt hinter vorgehaltener Hand zu: Es wird nicht reichen! Die Blitzabfrage der Vereinigung der SchulleiterInnen in der GEW bestätigt die großen Lücken.

Senator Zöllner bleibt ruhig. Am Freitag vor Schuljahresbeginn verkündet er der Öffentlichkeit, dass es vielleicht an zwei, drei Schulen noch Schwierigkei-

SORGENTELEFON

Auch zu diesem Schuljahresanfang hatte die GEW BERLIN in den ersten beiden Schultagen wieder ihr Sorgentelefon geschaltet.

Insgesamt gab es über 50 Anrufe. Im Mittelpunkt stand die unzureichende Ausstattung mit Lehrkräften und ErzieherInnen. Auffällig war, dass sich in viel größerer Zahl als im letzten Jahr Eltern an uns wandten. Offensichtlich fühlten sie sich bei der Bildungsverwaltung mit ihren Sorgen allein gelassen. Jürgen Zöllner sollte sich überlegen, ob er nicht zum nächsten Schuljahr dem Vorbild der GEW BERLIN folgen will und ein Sorgentelefon einrichtet. Wir haben die uns übermittelten Probleme an den Senator weitergeleitet und warten auf seine Antwort.

ten geben könne, ansonsten laufe alles wie geplant. Er sitzt in der selbst gegrabenen Falle: Wenn ich über Monate hinweg allen Schulen 100 Prozent verspreche, habe ich einen gewissen Rechtfertigungsbedarf, wenn es dann doch nicht hinlief. Also werden gegen kritische Nachfragen zwei Sicherungen eingebaut:

- Zum einen wird mit der Möglichkeit weiterer Umsetzungen argumentiert (obwohl die regionale Schulaufsicht schon verzweifelt ist: Wo bitte soll sie die Leute noch herholen?).
- Und zum anderen wird die ominöse Zahl von 4.000 Schülern ins Spiel gebracht, die wahrscheinlich zuviel gemeldet wurden.

27. August: Überraschender erster Schultag?

Der erste Schultag: Überraschung: Es reicht nicht. Die Vereinigung der SchulleiterInnen in der GEW legt auf einer

Pressekonferenz ihre Zahlen vor: Es wären noch 220 Einstellungen nötig, um die 100 Prozent zu erreichen. Die GEW hat am 27. und 28. August ein Sorgentelefon geschaltet (siehe Kasten S. 16).

Senator Zöllner bleibt ruhig: Gehandelt wird erst, wenn Genaues bekannt ist! Also werden allüberall die Zahlen der tatsächlich angekommenen SchülerInnen gezählt, in den Regionen zusammengetragen, nach oben gemeldet, dort noch einmal durchgerechnet. Es hilft nichts; die Decke ist zu dünn. Und so erfolgt noch in der ersten Schulwoche eine Zwischenbilanz: Jetzt gibt es nicht an ein oder zwei, sondern an über 50 Schulen noch Bedarf. Gleichzeitig wird abgewiegelt: Wir haben alles im Griff! Gegen kritische Nachfragen werden drei weitere Sicherungen eingebaut.

- Zum einen ist die Einschulung an den Grundschulen erst eine Woche später. Man weiß also überhaupt noch nicht, wie viele Schüler denn nun wirklich ankommen ...
- Zum anderen wird die „Arbeitsgruppe Organisationsberatung“ ins Spiel gebracht (siehe Kasten „Schnelle Eingreiftruppe“).
- Und zum ersten Mal erfolgt ein vorsichtiger, sehr verklausulierter Hinweis: Falls sich überraschenderweise herausstellt, dass es mit der 100-Prozent-Versorgung nicht klappt, könnten doch noch Neueinstellungen erfolgen.

3. September: Die i-Dötze kommen

Der erste Schultag der LernanfängerInnen an den Grundschulen. Nun ja, nicht alle Klassen haben eine Klassenlehrerin. Und Förder- und Teilungsunterricht muss vielerorts gestrichen werden. Doch Senator Zöllner bleibt ganz ruhig. An allen Grundschulen wird noch einmal die Zahl der tatsächlich angekommenen gezählt, nach oben gemeldet, dort wiederum durchgerechnet. Potz Tausend, wir müssen doch irgendwo die 4.000 zuviel Gemeldeten haben! Und wir müssen doch auf diesem Wege noch irgendwie umsetzungsfähige Lehrkräfte gewinnen können! Eine kleine Rechnung ergäbe zwar das Irreale dieser Hoffnung: 4.000 zuviel – das macht pro Schule zwischen 5 und 6 SchülerInnen – und da will man umsetzen? In der Presse taucht das Wort „Luftnummer“ auf.

Hannah bekommt zweifelhafte Angebote

Hannah hat am ersten Schultag bereits zwei Anfragen von Schulen auf ihrem Anrufbeantworter: Ihre Ausbildungsschule deutet an, dass sie ab dem 1.

November Chancen auf eine befristete Einstellung haben könnte. Dann nämlich geht die Kollegin, die aufgrund der „nachdrücklichen Beratung“ der schnellen Eingreiftruppe am Samstag Klassenlehrerin der Lernfänger geworden ist, in den Ruhestand. Außerdem bietet die Schule ihrer Fachseminarleiterin ihr an, zwei Unterrichtsprojekte zu übernehmen, denen aufgrund von Lehrermangel kein Kunstunterricht erteilt werden kann. Sie könne pro Woche vier Stunden befristet bis zum Halbjahresende für 50 Euro bar auf die Krallen unterrichten. Angebot 2 lehnt Hannah höflich aber entschieden ab, schließlich muss sie ihren Lebensunterhalt finanzieren, Angebot 1 erscheint ihr verlockend, aber unsicher. Sie verspricht, sich bald zu melden und wartet auf die angekündigten Neueinstellungen.

Über das erste Angebot ist Hannah nachträglich verwundert. Es hatte doch immer geheißen, dass der schuleigene Topf nur für kurzfristige Vertretungen benutzt werden darf. Klar wird aber, und Gespräche mit ehemaligen Kolleginnen bestätigen das, dass unterausgestattete Schulen zum gegenwärtigen Stand keine andere Wahl haben, als ihren Regel-

DIE SCHNELLE EINGREIFTRUPPE

Wieder so eine Neuerung aus dem Hause Zöllner: Die „Arbeitsgruppe Organisationsberatung“. Mehrere Schulaufsichtsbeamte, die offensichtlich in ihren Regionen nichts zu tun haben, bilden dieses mobile Einsatzkommando. Wenn eine Schule Sorgen mit der Unterausstattung hat, kommt die Truppe mit quietschenden Reifen vorgefahren und rechnet der Schulleitung vor, dass sie eigentlich viel zu viele Lehrkräfte an Bord hat.

Der Trupp ist kreativ: Ein demnächst in den Ruhestand gehender Kollege, den die Schulleitung für zwei Monate als Vertretungskraft vorhalten wollte, muss eine Klasse übernehmen. Eine schwangere Kollegin, deren Mutterschutz am 15. September beginnt, bekommt einen Leistungskurs in der gymnasialen Oberstufe aufgebremst. Das ist pädagogische Kontinuität.

Kein Wunder, dass die Bereitschaft von Schulleitungen, die „Hilfe“ der Eingreiftruppe in Anspruch zu nehmen, gegen Null tendiert - wird ihnen gegenüber doch zum Ausdruck gebracht, dass sie eigentlich unfähig sind, ihre Schule zu organisieren!

bedarf über den Vertretungstopf abzudecken. Zahlreiche Schulleitungen sind verärgert; die Anzahl derer, die an die Öffentlichkeit gehen, nimmt zu.

11. September: Der Eiertanz geht weiter

Ein gut gelaunter Bildungssenator tritt vor die Öffentlichkeit. Seine Pressemitteilung beginnt mit den Worten „Prognose punktgenau“. Die gute Nachricht folgt anschließend: Es wird weitere 101 unbefristete Einstellungen geben. Nach mehreren Wochen ist Zöllner damit halbwegs in der Realität angekommen: Wenn man zu diesen 101 die Zahl derjenigen dazu rechnet, die in den vergangenen zwei Wochen über PKB zur Deckung von Regelbedarf eingestellt wurden, kommt man ungefähr auf die von der GEW schon vor langer Zeit errechneten und geforderten 220. Der Eiertanz um die „ungenauen Zahlen“ hat nichts gebracht – außer Unterrichtsausfall.

Der Eiertanz wird weiter gehen. Mit 100 Prozent ist eine Schule nicht zu organisieren. Jede kleinste Abweichung bringt das Kartenhaus ins Wackeln, jeder Ausfall in einem Mangelfach ist kaum zu kompensieren. Immerhin scheint das in Ansätzen bei Zöllner angekommen zu sein. Es hat sich bis zur Spitze des Hauses herumgesprochen, dass laufend weitere KollegInnen aus Altersgründen ausscheiden, dass die mühsam erreichten 100 Prozent also kontinuierlich abnehmen, dass Ersatz nötig ist. Es wird zum ersten Mal einen zweiten Einstellungstermin zum 01. Februar geben. Die Zahlen stehen noch nicht fest; der Senator rechnet mit 150 bis 200.

Schon droht aber weiteres Ungemach. Die Vereinigung der Leitung der berufsbildenden Schulen in Berlin hat darauf hingewiesen, dass diese spezialisierten Schulen auch speziellen Fachbedarf benötigten; mit dem Rasenmäher-Ausgleich auf 100 Prozent kommt man hier nicht weiter. Es fehlen mindestens 57 Lehrkräfte ...

Und was macht Hannah?

Hannah wartet. Auf die Liste der Vertretungslehrkräfte hat sie sich nicht gesetzt; sie kann ihren Job nicht aufgeben, um mal für ein, zwei Wochen einzuspringen. Sie wartet darauf, ob sie bei der Verteilung der 101 unbefristeten Stellen zum Zuge kommt. Eigentlich macht die Arbeit im Naturkostladen Spaß. Alle zeigen ihr, dass sie gebraucht wird. Von ihrem Senator hat sie dieses Signal noch nie bekommen. ■

Reformbremse Gymnasium

Das große Hindernis auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule.

von Peter Heyer, Runder Tisch Gemeinschaftsschule



FOTO: PRIVAT

Nicht eines der knapp hundert Berliner Gymnasien hat auf den Aufruf des Berliner Bildungssenators hin sein Interesse bekundet, „in einer Pilotphase zu erproben, wie in einer Gemeinschaftsschule erfolgreiches individuelles Lernen und die optimale Förderung jedes einzelnen Kindes gelingen kann“. Kein einziges Kollegium eines Berliner Gymnasiums hat in der Weiterentwicklung ihrer Schule zu einer Gemeinschaftsschule eine Chance gesehen, einen Beitrag zur Bewältigung der offenkundigen deutschen Schulmisere zu leisten. Heiliger Sankt Florian! Ablehnung? Desinteresse? Ahnungslosigkeit? Uninformiertheit? Festhalten an ererbten Privilegien? Angst? Was auch immer.

Unter den an den Gymnasien tätigen PädagogInnen sind immerhin knapp 1500 Mitglied der GEW, die seit Langem aus vielen guten Gründen für die Umwandlung des gegliederten Schulsystems in ein inklusives Schulwesen eintritt, die anstelle der verschiedenwertigen Schulen „eine Schule für alle“ will.

Sich den Herausforderungen stellen

Auch wenn Teile der Öffentlichkeit und vor allem nicht wenige Eltern entschieden am heutigen Gymnasium festhalten, sich bestenfalls ein zweigliedriges Schulsystem vorstellen können, Gymnasien und eine weitere Art Oberschulen für den Rest: Das Gymnasium von heute steht mit seinem Anspruch auf eine Sonderrolle in der vordemokratischen Tradition von vorgestern und wird am Umlernen nicht vorbeikommen. Den Herausforderungen einer sich verändernden Gesellschaft wird sich auch das Gymnasium stellen müssen. Von StudienrätInnen – und auch von den PolitikerInnen – erwarte ich, dass sie ihren Beitrag zu mehr individueller und optimaler schulischer Förderung aller Kinder und Jugendlichen – und damit zu mehr Chancengerechtigkeit für alle – zu leisten bereit sind.

Worin besteht der elitäre Anspruch des Gymnasiums? Vor allem darin, dass das Gymnasium sich als einzige Schulform die Kinder aussucht, die es unterrichten will – die anderen Schulen haben zu nehmen, was übrig bleibt. Darin, dass die PädagogInnen des Gymnasiums entscheiden: „Du ja! Du nein!“ – entweder gleich nach dem Probehalbjahr oder später, wann immer die Schule der Meinung ist, dass eine SchülerIn nicht die dem Gymnasium gemäße Leistung erbringt. Für mich besteht der Skandal aber auch darin, dass eine nicht unbedeutliche Anzahl an GEW-Mitgliedern diese Form des Sortierens immer weiter so hinnimmt. Dass nicht nur viele Eltern, sondern auch viele PädagogInnen es immer weiter rechtens finden, dass die Einen den besseren Bildungsweg bekommen, die Anderen die Zuweisung zum schlechteren. Das ist undemokratisch, unakzeptabel!

Keine Sonderrolle des Gymnasiums

Gymnasien sollten Schulen wie andere auch sein: Schulen, die alle ihre SchülerInnen in ihrer Gesamtentwicklung fördern. Schulen, die alle Kinder, die sich gemeinsam mit ihren Eltern für diesen besonderen gymnasialen Bildungsweg mit seinem gymnasialen Bildungsprogramm entschieden haben, optimal – zu welchem Abschluss auch immer – zu fördern haben. Es muss vorbei sein mit dieser unwürdigen und unpädagogischen Abschiebep Praxis. Gymnasien dürfen die anderen Schulen nicht mehr als Auffangbecken missbrauchen für jene Kinder, an deren optimaler Bildungsförderung sie selbst offensichtlich gescheitert sind. Alle an den Gymnasien tätigen PädagogInnen haben zu lernen, dass Kinder und Jugendliche auf vielfältige Weise verschieden sind, und müssen ihren Unterricht entsprechend darauf ausrichten. Auch sie müssen lernen, dass eine Schule nicht dadurch zur guten Schule wird, dass sie sich die besten SchülerInnen aussucht, sondern dadurch, dass sie

die aufgenommenen SchülerInnen – und zwar wirklich alle! – zu den individuell bestmöglichen Leistungen führt.

Was die GEW tun sollte

Einmal sollte die mitgliederstarke Fachgruppe Gymnasien sich endlich des Themas annehmen und darüber nachdenken, wie die Kollegien der Berliner Gymnasien dafür gewonnen werden können, sich dem Transformationsprozess vom gegliederten Schulwesen zum inklusiven Schulsystem zu öffnen und zu prüfen, welchen Beitrag zu diesem Prozess die Gymnasien leisten können und zu leisten haben.

Zum ändern sollte die GEW nachdrücklich gegenüber Bildungssenator und Parlament dafür eintreten, dass im Sinne der Koalitionsvereinbarung umgehend und flächendeckend „integrative Elemente in unserem Schulsystem gestärkt werden“. Die GEW sollte in diesem Zusammenhang fordern,

- dass die konkrete Umsetzung des schulgesetzlich verankerten Vorrangs des gemeinsamen Unterrichts wirklich in allen Bezirken und an jeder Berliner Schule erfolgt;
- dass die vielfach propagierte Stärkung der sechsjährigen Grundschule kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern anhand konkreter Maßnahmen erkennbar wird, u. a. dadurch, dass die 5. und 6. Klassen an Gymnasien auslaufen;
- dass beim Übergang von der Grundschule auf eine Schule des Sekundarbereichs das Probehalbjahr entfällt;
- dass die gymnasialen Oberstufen nicht weiterhin als Teil der Gymnasien und einzelner Gesamtschulen geführt werden, sondern als eigenständige Sekundarstufen II den SchülerInnen aller Schulen der Sekundarstufe I gleichermaßen zugänglich sind und
- dass nicht zuletzt die Reform der Lehrerbildung in Angriff genommen wird; eine Lehrerbildung, die fürs gegliederte Schulsystem ausbildet, wird künftigen Anforderungen nicht gerecht. ■

Viel zu früh und dann zu viel

Die Zwangseinschulung der Fünfeinhalbjährigen sollte wieder abgeschafft werden.

von Volker Hagemeister, wissenschaftlicher Direktor am LISUM a.D.

Durch die Zwangs-Einschulung der Fünfeinhalbjährigen ist den Grundschullehrerinnen nicht nur zusätzliche Arbeit, sondern auch mehr Verantwortung aufgeladen worden. Und die Lehrkräfte, die in der Sek I und II unterrichten, müssen in Zukunft mit jüngeren Schülern in kürzerer Zeit mehr Unterrichtsstoff bewältigen. Diese Reform aus der Ära Böger bedarf dringend der Novellierung.

Finnland: Einschulung mit sieben Jahren

Aus PISA folgt nicht, dass Früheinschulung zu besserer Schulbildung führt. So werden in Finnland und Schweden alle Kinder mit sieben Jahren eingeschult. Hinzu kommt, dass in Finnland vom dem „Core Curriculum for Pre-School Education“ nicht gefordert wird, dass die Kinder bereits in der Vorschule Schreiben und Rechnen erlernen. Die 15-Jährigen Finnen, die bei PISA so gut abgeschnitten hatten, haben also ein bis zwei Jahre kürzer die Schule besucht als die 15-Jährigen der meisten anderen PISA-Staaten. Der Schlüssel zum Erfolg der Finnen könnte folgende Ursachen haben:

- Die Kinder sind älter und damit reifer, wenn sie in die Schule kommen.
- Die professionelle und permanent präsente Förderung von Problemschülern macht das Schulsystem sehr effektiv, weil Kinder nicht jahrelang an Unterricht teilnehmen müssen, von dem sie nicht profitieren.
- Die fachlichen Anforderungen sind in Finnland niedriger als in Deutschland. Finnische Schüler haben damit eher die Chance, Unterrichtsstoff selbstständig anzuwenden.

Früheinschulung und Schulerfolg

Im Gegensatz zu der heute weit verbreiteten Vorstellung, dass alle Kinder so früh wie möglich eingeschult werden sollten, haben neuere Studien gezeigt,

dass Früh-Einschulung für etliche Kinder nicht von Vorteil ist: Die Auswertung von Schülerdaten hat in Nordrhein-Westfalen ergeben, dass vorzeitig eingeschulte Kinder dort fünfmal häufiger als andere Kinder ein zweites Mal sitzen bleiben. Ein vergleichbarer Befund wurde bei der Hamburger Studie „LAU“ ermittelt. In Hamburg war ein ganzer Jahrgang alle zwei Jahre mit rahmenplan-konformen Tests erfasst worden. Wie in NRW folgt auch aus den Hamburger Daten, dass vorzeitig eingeschulte Kinder insgesamt häufiger sitzen bleiben. Die Wahrscheinlichkeit, ein zweites Mal nicht versetzt zu werden, war in Hamburg sogar um den Faktor 10 größer als bei den regulär eingeschulerten Kindern.



Zu früh eingeschult?

FOTO: WERNER ECKART

Unabhängig voneinander haben zwei deutsche Studien ergeben, dass mit sieben Jahren eingeschulte „Juli-Kinder“ (bei gleichem sozialen Hintergrund) in der Schule besser abschneiden als die mit sechs Jahren eingeschulerten „Juni-Kinder“. Kinder, die im Juli ihren 6. Geburtstag hatten, wurden in den meisten Bundesländern bisher erst ein Jahr später eingeschult. Wer dagegen bereits im Juni sechs wurde, kam unmittelbar nach den Sommerferien in die Schule. Die ein

Jahr später eingeschulerten Kinder erhalten signifikant häufiger eine Gymnasialempfehlung als die Juni-Kinder, die mit sechs Jahren eingeschult wurden. Außerdem haben die „Juli-Kinder“ bei IGLU bzw. bei PISA bessere Testergebnisse erzielt als die „Juni-Kinder“. – Diese Resultate erhält man, wenn die sozialen Daten des Elternhauses berücksichtigt werden. Das heißt also, die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind (z. B. aus einem Bildungsbürger-Haushalt) in der Schule erfolgreich ist, ist größer, wenn es nicht mit sechs, sondern erst mit sieben Jahren eingeschult wird.

Mehr Unterrichtsstoff und weniger Zeit

Besonders problematisch ist, dass in Berlin auch noch die Schulzeit verkürzt wird, ohne dass die KMK-Vereinbarungen über die Anforderungen im Abitur (die EPAs) der verkürzten Schulzeit entsprechend reduziert wurden. Im Gegenteil: In Mathematik und Physik sind die Anforderungen in den EPAs neuerdings sogar erhöht worden. Die Folge ist, dass an den Berliner Schulen nun in etlichen Fächern mit jüngeren Schülern eine noch nie da gewesene Stofffülle bewältigt werden muss. Dies ist das Gegenteil von dem, was aus PISA gefolgert werden müsste: Die für deutsche SchülerInnen ungewohnten, PISA-typischen Textaufgaben haben uns vor Augen geführt, dass an unseren Schulen zu wenig diskutiert und reflektiert wird. Daran wird sich auch so bald nichts ändern, weil Früheinschulung und Schulzeitverkürzung – bei gleichem oder sogar erhöhtem Volumen an Pflichtstoff – dazu führen werden, dass wir in der Schule noch weniger Zeit haben werden, den Kindern die Möglichkeit einzuräumen, über Unterrichtsinhalte in Ruhe nachzudenken und Sachverhalte in eigenen Worten zu beschreiben. ■

Literaturhinweise im Internet unter <http://www.pisa-kritik.de//> auf der Seite „Langfristig nachteilige Folgen einer frühen Einschulung“



FOTO: PRIVAT

Leben in prekären Verhältnissen

Fachtagung zur Kinderarmut in Berlin am 3. November.

von Tanja Krämer und Herwig Grote, Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Nach Schätzung der Hans-Böckler-Stiftung leben derzeit 10 Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze. Kinder sind überproportional vertreten: Von den in Deutschland lebenden 15 Millionen Kindern leben nach Schätzungen des Deutschen Kinderschutzbundes, 2,5 Millionen auf Sozialhilfeniveau von Sozialhilfe. Zumindest jedes siebte Kind ist einkommensarm, die Tendenz ist steigend. Mit einkommensarm wird nach EU-Definition derjenige bezeichnet, der über die relative Armut gemessen, weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Haushalte hat. Im April 2007 bezogen 1.847.837 Personen unter 15 Jahren Sozialhilfe nach dem SGB II. Das sind 10 Prozent mehr Kinder und Jugendliche als im Jahr zuvor.

Rund 8 Prozent der Berliner Einwohner (271.000 SozialhilfeempfängerInnen verteilt auf 143.533 Bedarfsgemeinschaften) waren in den Jahren 2001 bis 2004 auf Hilfe zum Leben (HzL) angewiesen. Mit Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Umstellung der Grundversicherung auf Hartz IV zum 1.1.2005 explodierte die Anzahl der Empfänger existenzsichernder Transferleistungen in Berlin auf 513.000 (Juni 2005) und auf 582.000 (Juni 2006). Dieses entspricht einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent, wobei Leistungsempfänger nach dem SGB XII noch nicht berücksichtigt sind (Seeger 2006, 59 f.).

Gettoisierung von Armut

Aktuelle Daten zur Lebenslage Berliner Kinder (SGB II-Bezug) sind nicht erhältlich, sodass wir uns im Folgenden

auf die Auswertung des Sozialhilfebezugs in Berlin von Seeger (2006) für das Jahr 2004 beziehen.¹

Je jünger die Menschen, desto häufiger sind sie sozialhilfebedürftig. Die Berliner Gesamtwerte am Ende des Jahres 2004 zeigen, dass rund jedes vierte Kind im Alter von unter sieben Jahren SozialhilfeempfängerIn war. Die Altersgruppe unter drei Jahre stellt seit März



Kinder müssen auslöffeln, was ihnen Erwachsene zumuten. FOTO: J. JUNKER-RÖSCH

2001 rund 269 SozialhilfeempfängerInnen je 1.000 Kinder dieser Altersgruppe in der Bevölkerung dar. Mit einer Empfängerichte von 407 je 1000 Kinder dieses Alters führt Neukölln die Reihe der am stärksten belasteten Bezirke mit weitem Abstand an. Es folgen Mitte (344), Marzahn-Hellersdorf (343), Friedrichshain-Kreuzberg (337) und Spandau (320), jeweils mit Werten von über 300 von 1.000 Kindern dieser Altersgruppe mit Sozialhilfebezug und also deutlich über dem Berliner Durchschnitt.

Für die älteren Kinder sieht die Lage nicht wesentlich besser aus. Hier kumulieren die Probleme eindeutig in den Innenstadtbezirken Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg, wo jeweils rund ein Drittel der Kinder über drei Jahren Sozialhilfe bezog. Mit Umsetzung der Hartz IV-Gesetze dürfte sich

die Lage weiter dramatisiert haben. ALG II / Sozialhilfe als Existenzbasis wird zunehmend zur Normalität in vielen Bezirken Berlins. Arm sind nicht nur die Kinder, arm sind vielmehr auch die Eltern dieser Kinder.

Geschlossene Gesellschaften

Kinder und ihre Eltern, die in wichtigen Lebensbereichen wie Arbeit und Bildung, Gesundheit, Wohnumfeld und Freizeit benachteiligt und von der Beteiligung am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen sind, zählen zu den sozial Benachteiligten. Befinden sich Menschen in einer extremen Ausprägung dieser Notlage, so spricht man von sozialer Exklusion.

In der heutigen Diskussion um Armut steht der Lebensbereich Bildung im Vordergrund. Kinder, die sozial benachteiligt sind, sind im dreigliedrigen deutschen Schulsystem vom Selektionsme-

FACHTAG KINDERARMUT

Die Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit lädt ein zum Fachtag Kinderarmut **am Samstag, 3.11.2007 von 10 bis 17 Uhr.**

Unsere Themen:

- Merkmale, Ursachen und Ausprägungen von Kinderarmut
- Lösungsansätze aus Politik, Forschung und Praxis
- Anforderungen an soziale Einrichtungen und Dienste

Referentin: Dr. Susanne Gerull
Infos unter: www.gew-berlin.de / Link
Veranstaltungen. Anmeldung an das Sekretariat: 030- 21 99 93-0, Email: Info@gew-berlin.de



Transparent des Deutschen Kinderschutzbundes anlässlich des Weltkindertages 2006.

FOTO: IMAGO/METODI POPOV

chanismus betroffen, wie internationale Vergleichsstudien (z.B. PISA) zeigen. Die Notwendigkeit der Abschaffung dieser Selektionsmechanismen steht außer Frage. Materielle Armut führt fast immer zur Bildungsbenachteiligung.

Auch Kinder mit Migrationshintergrund erfahren massive Benachteiligungen hinsichtlich ihrer Bildungschancen. Während ein Drittel der deutschen Schüler auf das Gymnasium geht, sind es unter zugewanderten Jugendlichen nur 14 Prozent. Jeder fünfte Jugendliche mit Migrationshintergrund verlässt die Schule bundesweit ohne Abschluss.

Armut im Alltag von Kita und Schule

Zur Bestreitung des alltäglichen Lebens für Schreibwaren und Zeichenmaterial stehen einem Kind aus einer Hartz IV-Familie nur 1,33 Euro pro Monat zur Verfügung. Kino- und Schwimmbadbesuche, alles steht unter dem Finanzierungsvorbehalt. Gemeinsame Wochenendausflüge und Familienferien können sich solche Familien so gut wie gar nicht leisten. Besser, man bleibt zu Hause und schaltet die Glotze oder die Playstation an. Der Blick auf die Eltern und die Identifikation mit ihnen eröffnet noch einmal eine ganz andere Problematik. Wer in der vierten Schulklasse die Nase nicht vorne hat, ahnt bereits, dass sich Anstrengungen nicht lohnen werden.

Mangelnde Bildung ist laut Christoph Butterwegge jedoch nur der Auslöser, nicht die Ursache der materiellen Not. Bildung allein taugt so nicht als Wun-

derwaffe im Kampf gegen allgemeine und Kinderarmut, zumal sie zusehends privatisiert und damit zu einer Ware wird, die sich Arme gar nicht leisten können.

Armut ist ein kompliziertes und komplexes Gebilde aus materiellen und nicht-materiellen Aspekten in der Lebenssituation der Betroffenen. Das Risiko armer Familien, weitreichenden Belastungen wie schlechten Wohnbedingungen, einem negativ erlebtem Wohnumfeld, Betroffenheit von Krankheit, Langzeitarbeitslosigkeit, Überschuldung und Sucht ausgesetzt zu sein, ist wesentlich höher als bei finanziell besser gestellten Familien. Obwohl es zahlreiche Expertisen und Forschungen zum Thema Kinderarmut gibt, stehen nachhaltige und sozial gerechte Lösungsstrategien jedoch nicht auf der Agenda der Bundes- und Landesregierung.²

Deshalb veranstaltet die Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit am Samstag, dem 3.11.2007 eine Fachtagung zum Thema Kinderarmut. Wir wollen informieren und diskutieren sowie gemeinsam individuelle und kollektive Auswege entwickeln. ■

¹ Seeger, Michael (2006): *Spezialbericht 2006-1. Einflussfaktoren und Strukturmerkmale für die Sozialhilfebedürftigkeit von Familien mit Kindern in Berlin an der Schwelle zu „Hartz IV“*. *Spezialbericht 2006-1. Herausgegeben und bearbeitet von der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Berlin.*
² vgl. Susanne Gerull (Februar 2006): http://armutszeugnisse.de/themen/themen_15.htm

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online CD	
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule		
- (Sek. I)	27,-	34,-
- mit gym. Oberstufe	37,-	44,-
- mit Grundstufe u. gym. Oberstufe	45,-	52,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Haupt- u. Realschule	23,-	31,-
Gymnasium		
- (nur Sek. I)	17,-	25,-
- (Sek. I und Sek II)	27,-	35,-
- (Sek. I und Sek. II) mit Klasse 5 und 6	32,-	40,-
Gymnasiale Oberstufe	15,-	23,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: siehe Seite 25

Schluss mit der Tarifmauer um Berlin

Eine weitere Abkopplung von der Einkommensentwicklung in den anderen Bundesländern ist nicht akzeptabel.



FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Holger Dehring, Leiter des Referates Tarifpolitik der GEW BERLIN

Berlin ist arm, Berlin hat gut 60 Milliarden Euro Schulden. Diese müssen in den nächsten Jahren abgebaut werden, um den nachfolgenden Generationen eine aktive Einflussnahme auf die Politik in dieser Stadt zu ermöglichen. Ich mag es nicht mehr hören! Im *Tagespiegel* war zu lesen: „Insgesamt 1,5 Milliarden Euro könnte die Hauptstadt bis 2011 zurückzahlen. Ursache sind zu erwartende Steuermehreinnahmen von 4,6 Prozent.“ Ja, ist dann der Zeitpunkt für Einkommensverbesserungen gekommen oder erst bei einem Schuldenstand von 55 Milliarden?

Der Landesvorsitzende der SPD, Michael Müller, antwortet auf die Frage, ob er den Solidarpakt über 2009 hinaus verlängern wolle, folgendermaßen: „Eins zu Eins wird eine Verlängerung nicht funktionieren. Nach den harten Einschnitten im öffentlichen Dienst kann man die Mitarbeiter nicht länger von normalen Gehaltsentwicklungen abkop-

peln. Nach 2009 wird es eine Angleichung an den bundesweiten Tarifstandard für den öffentlichen Dienst geben. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, aber es wird sukzessive erfolgen.“

Wir haben unser Potenzial bislang nicht ausgeschöpft.

Müllers Einsicht zur Verbesserung der Gehälter ist toll. Aber: Nicht erst nach 2009 haben die Beschäftigten ein Anrecht auf ein höheres Einkommen. In allen Bundesländern wurden/werden Einmalzahlungen vorgenommen und prozentuale Einkommenserhöhungen für das Jahr 2008 vereinbart.

Das „Angebot“ des Berliner Senats vom 23. August 2007 zum Abschluss eines Tarifvertrages berücksichtigt die-

ses jedoch nicht und ist daher eine Kampfansage an die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die Einkommensverluste, die die Beschäftigten seit 2003 hingenommen haben, haben wesentlich zur Konsolidierung des Berliner Landeshaushalts beigetragen. Weitere Abkopplungen von der Einkommensentwicklung in den anderen Bundesländern sind deshalb nicht zu akzeptieren. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen an der verbesserten Einnahmesituation im Land Berlin beteiligt werden.

Der Warnstreik am 19. September 2007 und auch die drei Streiktage der angestellten Lehrkräfte vor den Sommerferien zeigen, dass der feste Wille vorhanden ist, jetzt nicht locker zu lassen. Mit der Einbeziehung dieser Beschäftigten in das „Angebot“ vom 23. August hat der Berliner Senat einen Weg ermöglicht, der die zeitweilige Trennung der Beschäftigtengruppen aufhebt und zum gemeinsamen Handeln auffordert. Es ist klar: Einkommensverbesserungen wird es nur dann geben, wenn wir insgesamt in der Lage sind, machtvoll unsere Interessen zu vertreten. Das trifft auch auf die Beschäftigten zu, die direkt – die BeamtInnen – oder „indirekt“ – Beschäftigte an den Universitäten, Hochschulen, Stiftungen – von einer tariflichen Regelung mit dem Land Berlin abhängig sind. Wir haben unser Potenzial bisher nicht ausgeschöpft und haben deshalb keinen Grund, „faule“ Kompromisse einzugehen.

Der Erfolg wird daran gemessen, wie es uns gelingt, den bundesweiten Tarifabschluss für die Berliner Beschäftigten zu übernehmen. Dazu bedarf es einer aktiven Beteiligung jeder/s Beschäftigten, die auch mit Einschränkungen im Schul- und Kitabereich verbunden sein werden.



GEW-KALENDER 2008

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentner ist erschienen und wird auf Anforderung zugeschickt. Bitte den folgenden Abschnitt an die GEW BERLIN schicken (aus organisatorischen Gründen keine telefonischen Bestellungen).

GEW-KALENDER 2008: JA, DEN WILL ICH HABEN!

Name: _____

Adresse: _____

Bitte bis zum **20. Oktober** an die GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden/faxen (030 / 21 99 93-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de)

Jubiläum: blz im 75. Jahrgang

1920 ist die erste Ausgabe der „Berliner Lehrerzeitung“ erschienen.

von Klaus Will, Verlag und Redaktion der blz

Gute KopfrechnerInnen merken natürlich sofort, dass hier etwas nicht stimmen kann: 1920 entstanden und 2007 erst 75 Jahre alt? Des Rätsels Lösung liegt in der deutschen Geschichte: Der Berliner Lehrerverband und seine Zeitschrift wurden Ende 1934 in den „Nationalsozialistischen Lehrerbund“ eingegliedert. Erst 1947 konnte die blz wieder erscheinen, und zwar mit der Angabe 15. Jahrgang. Die Jahre 1934 bis 1946 wurden also nicht mitgezählt.

Wie alles anfang

Der Vorläufer der GEW BERLIN wurde am 24.9.1880 als Berliner Lehrerverein (B.L.-V.) gegründet, in ihm schlossen sich der Kommunallehrerverein von 1849 und der Berliner Bezirksverband des Deutschen Lehrervereins 1871 zusammen. Die „Berliner Lehrerzeitung“ erschien 1920 zum ersten Mal als Beilage zur Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung (ADLZ) des Deutschen Lehrervereins. Ab 1926 war sie dann eine selbstständige Zeitung des Berliner Lehrervereins, der zu diesem Zeitpunkt 3.400 Mitglieder hatte.

Nach dem Krieg gab es ab dem 5. Mai 1947 die vom neugegründeten Berliner Verband der Lehrer und Erzieher (BVL) herausgegebene Zeitung *Die Lehrergewerkschaft*. Erst mit Beginn des Jahrgangs 1952 erhält die Mitgliederzeitschrift des BVL wieder ihren historischen Namen *Berliner Lehrerzeitung*. Seitdem gibt es zwei verschiedene Jahrgangsangaben auf dem Titel: Die erste Jahreszahl zählt die Jahrgänge nach Kriegsende (1947 = 1. Jahrgang), die Jahreszahl in der Klammer die Jahrgänge seit Bestehen der Zeitschrift im Jahr 1920.

Erster Schriftleiter nach dem Krieg war Gustav Kuhrt, der auch schon 1920 beim Start der BLZ dabei war. Ihm folgte Fritz Stach. Mit der Rückkehr zum alten Namen der Verbandszeitung wurde die Schriftleitung des Vereinsorgans dann in „jüngere Hände“ gelegt, wie Richard Schröter, der damalige Vorsit-



Das Titelblatt der blz in den dreißiger Jahren

FOTO: ARCHIV

zende des BVL, schrieb. Die jüngeren Hände gehörten Fritz Opitz, der aber auch schon 52 Jahre alt war und „in den zwanziger Jahren im Kampf gegen Junglehrerrot und im Kampf um den Schutz der Schule groß geworden ist“

Zwölf Jahre, bis 1964, war Opitz Schriftleiter der BLZ, ein Jahr später ist er pensioniert worden. Opitz hat die Zeitung in dieser Zeit allein gemacht und laut Erich Fristers Würdigung damit „eine der führenden deutschen Lehrerzeitungen geformt“.

Die Bleiwüste wird aufgelockert

Mit dem Ende der Ära Opitz verschwand nicht nur das seit 1959 auf dem Titel platzierte Brandenburger Tor mit dem Spruch „Macht das Tor auf“, sondern die BLZ wurde unter der Verantwortung von Erich Frister grundsätzlich umgekrempelt und modernisiert.

Die BLZ wird eine richtige Zeitschrift mit Kunstdruckpapier-Umschlag und graphisch aufbereiteten Titel- und Rückseiten. Im Innenteil gibt es jetzt nicht mehr nur Prominenten- und Versammlungsfotos, sondern auch Illustrationen zu den Artikeln. Jede Ausgabe eröffnet mit einem Kommentar, regelmäßige Rubriken mit Kurznachrichten (BLZ-aktuell), mit Berichten (BLZ-berich-

tet) und mit Kurzbesprechungen von Büchern (BLZ-gelesen) ergänzen die nicht rubrizierten Artikel.

Erich Frister und drei weitere Redakteure sowie ein Grafiker hatten für ein Jahr die Schriftleitung mit dem Auftrag übernommen, „eine größere publizistische Wirksamkeit der Berliner Lehrerzeitung innerhalb und außerhalb des Verbandes herbeizuführen“. Ob das erreicht wurde, wissen wir nicht, aber zumindest ist die BLZ nach der Blattform wesentlich lesefreundlicher und lockerer geworden, nicht nur wegen der besseren Gestaltung, sondern auch, weil die Texte nun journalistisch aufgemacht wurden durch attraktive Überschriften und Zwischenüberschriften: „Tango, Twist und Mashed Potatoes“ war beispielsweise der Bericht über den Lehrerbund 1965 betitelt.

Die „BLZ-Kommission“, die die Blattform für den Vorstand beurteilen sollte, war nicht so begeistert. Sie empfahl, die „Bildmenge zu reduzieren und die Bildauswahl stärker zu differenzieren“ (BLZ 7/1966, Seite 20). Fristers Nachfolger Bernhard Grunert folgt leider der Empfehlung der Kommission. Ab 1966 ist die BLZ wieder sehr textlastig. Außerdem verschwindet die journalistische Aufbereitung der Artikel. Allerdings muss Grunert die BLZ auch allein machen, denn die bisherigen Redakteure schei-

den aus und neue rücken nicht nach. Erst im Gefolge der Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung der GEW zieht er sich Ende 1974 zurück. Bis zum endgültigen Ausschluss der GEW BERLIN aus GEW und DGB wegen Verweigerung der Unvereinbarkeitsbeschlüssen im Februar 1977 ist Eckhard Herrmann Schriftleiter.

Wegen Unvereinbarkeit ausgeschlossen

Ab der ersten Ausgabe der BLZ nach dem Ausschluss (BLZ 3/1977: „Wir machen weiter!“) zeichnet Uwe Duske als Schriftleiter, ab der Ausgabe 11/1979 nennt er sich „verantwortlicher Redakteur“. Nun werden auch die weiteren Redaktionsmitglieder namentlich aufgeführt.

An der Gestaltung der BLZ ändert sich zunächst wenig, teilweise wird es sogar noch textlastiger, weil die politische Diskussion fast den Rahmen der BLZ sprengt und man jede Ecke mit Text ausfüllt. 1978 wird dann mit revolutionärem Elan die gesamte blz auf die Kleinschreibung umgestellt. Jetzt heißt die Zeitschrift also nicht mehr BLZ sondern blz. Das bleibt auch so, als im Juni 1979 die beiden Verbände wieder unter dem Dach der Bundes-GEW und des DGB fusionieren. Erst 1996 wird die Großschreibung wieder eingeführt, weil die AutorInnen die Kleinschreibung boykottieren. Von der Großschreibung wird nur noch das Namenskürzel ausgenommen, die blz heißt weiterhin blz. Kurz bevor Duske seine Verantwortung für die blz aufgibt, erfindet er den Wandkalender, der seit Januar 1980 der blz beiliegt und bis heute eine große Fangemeinde hat. Werner Munk übernimmt für zwei Jahre ab Dezember 1980 die Nachfolge von Duske, im Juni 1982 wird dann Ulrich Meuel verantwortlicher Redakteur für fünf Jahre. Ihm folgt für sechs Jahre Bettina Liedtke (ab 7/1987). Bettina ist aber bis zum heutigen Tag Mitglied der Redaktion – und kann bald ihr 25jähriges blz-Jubiläum feiern. Damit ist sie die dienstälteste blz-Redakteurin aller Zeiten!

Die lange Suche nach dem richtigen Namen

Der Name „Berliner Lehrerzeitung“ ist einfach und prägnant, allerdings passte er schon lange nicht mehr so richtig zur GEW, die seit geraumer Zeit keine reine Lehrgewerkschaft mehr ist und in der außerdem die Lehrerinnen nicht nur die überwiegende Mehrheit bilden, sondern kritischer als frühere Generationen auf geschlechtspezifische Benennungen reagieren.

Zunächst wird 1980 der Untertitel der blz geändert, um den Anspruch zu bekräftigen, nicht nur Lehrgewerkschaft zu sein. Die blz ist nun im Untertitel eine „Zeitschrift für Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler in der GEW BERLIN“. Im Oktober 1988 wird wegen anhaltenden Kritik das Binnen-I in den Zeitungsnamen gehievt: berliner lehrerInnenzeitung. Weil das alles nicht so recht befriedigte, heißt unsere Mitgliederzeitschrift jetzt nur noch blz und im Untertitel ist die Zeitschrift lediglich für Mitglieder der GEW BERLIN.

Mit der Umbenennung in blz wird 1993 auch die Zeitschrift selbst völlig neu gestaltet („Relaunch“ nennen die Experten das) und die Produktion umgestellt. Die Redaktion macht seitdem die Seitengestaltung nicht mehr selbst mit Papier, Schere und Prittstift (Papierumbruch) und bis tief in die Nacht, sondern das wird jetzt von einer professionellen Layouterin am Bildschirm und tagsüber erledigt. Aber damit waren die Veränderungen noch lange nicht zu Ende. Es begann eine Experimentierphase, in der das Layout nach und nach weiterentwickelt wurde bis zur heutigen Form. Verantwortlicher Redakteur in dieser Umgestaltungszeit von 1993 bis Mai 2005 ist Pit Rulff, der damit den Rekord von Opitz (12 Jahre) einstellt. Seit gut zwei Jahren ist Sigrid Baumgardt verantwortliche Redakteurin. Sie hatte zuvor als Pressesprecherin die blz-Arbeit kennengelernt.

Die Inhalte

In der Nachkriegszeit und insbesondere in Berlin standen der Neuaufbau des Bildungswesens und die materielle Lage der Lehrer im Mittelpunkt der Berichte der Lehrerzeitung. Aber der damalige Vorsitzende Richard Schröter betonte in seinem Grußwort zur ersten „Berliner Lehrerzeitung“ nach dem Kriege, dass der Lehrerverband „als Kultur- und Geistesgeschichte. So ehrte man zum Beispiel Hermann Hesse anlässlich seines 75. Geburtstages mit einem Bild auf der Titelseite der August-Ausgabe 1952. In der gleichen Ausgabe gab es im Innenteil einen Artikel „Die Berliner Lehrerschaft grüßt Eduard Spranger in dankbarer Verehrung!“

Diese Artikel nehmen mit der Zeit et-

was ab und an ihre Stelle treten Berichte über Schule und Erziehung in anderen Ländern und Reiseberichte von Gewerkschaftsdelegationen. So berichtet Heinz Buchholtz ausführlich von einer Israel-Reise (April-Ausgabe 1961). Daneben erscheinen aber vermehrt Artikel über und zur Unterrichtspraxis (Berufsschule, Film, Funk und Fernsehen, Fremdsprachen) – und natürlich zum Mauerbau am 13. August 1961. Ende der 60er Jahre ist dann die Diskussion über die Gesamtschule, aber auch über Schulstrafen und körperliche Züchtigung bestimmend.

Die unterschiedlichen politischen Flügel innerhalb der GEW sind schon Anfang der siebziger Jahre in der BLZ erkennbar. So distanziert sich Günter Gessner zum Beispiel in der BLZ 3/1971 von jungen Kollegen, „denen es darum geht, aus unseren Schülern kleine Kommunisten zu machen“. Und Schriftleiter Bernhard Grunert zitiert in seinem Editorial der BLZ 4/1971 einen Beschluss des Hauptvorstandes der GEW BERLIN: „Ein Bekenntnis zur Diktatur – auch der Diktatur des Proletariats – ist mit der Mitgliedschaft in der GEW BERLIN unvereinbar.“ Ein Leser beschwert sich wiederum über einen Artikel, in dem die „von Ost-Berlin eingeführte Bezeichnung“ BRD verwendet wurde. Die Leserbriefseiten werden immer voller. Neue Autorennamen tauchen auf: Kaczerowsky, Kujawa, Rockstroh, Laube...

Nach dem Rausschmiss aus GEW und DGB 1977 erhalten allgemeinpolitische Artikel in der blz einen höheren Stellenwert: Berufsverbote, Anti-AKW-Bewegung, Bürgerinitiativen und die internationale Solidarität mit Befreiungsbewegungen sind die Themen, die aber die schul- und bildungspolitischen Themen nicht verdrängen. Diese Mischung ist eigentlich bis heute so geblieben.

Weitere Höhepunkte der blz

Mit dem Dezemberheft 1978 gibt es zum ersten Mal in der blz das Thema Frauen als Schwerpunktthema, durchgesetzt von einer im Jahr zuvor gegründeten Fraueninitiative in der GEW. In der 12/1979 gibt es rosa Mittelseiten „Schwule und Schule“, in der 3/1980 lila Mittelseiten „Lesben in der Schule“.

Nicht zuletzt erscheint die blz seit 1988 im GEW-Verlag GEWIVA, der sowohl die Verlagsaufgaben als auch die Anzeigenverwaltung erledigt und die Arbeit der blz-Redaktion koordiniert und unterstützt. Und seit der Ausgabe 2/1999 stehen die Artikel der blz auch auf der Internetseite der GEW BERLIN. ■

Free Rainer

Kostenlose Voraufführung für GEW-Mitglieder am 11. November.

Kultur-AG der GEW BERLIN



Der TV-Produzent Rainer, furios gespielt von Moritz Bleibtreu, ist ein Zampano des »Unterschichtenfernsehens«: Unaufhörlich koksend, entwickelt er Shows der stumpfsten Sorte. Dann wird er von einem jungen Mädchen angefahren, frontal und mit voller Absicht. Pegah (Elsa Sophie Gambard) will sich für den Tod eines geliebten Menschen rächen, und Rainer begreift, dass er für Einschaltquoten über Leichen gegangen ist. Ein paar Alpträume später beschließt er, sein Leben zu ändern und macht sich auf einen Guerilla-Feldzug gegen die quotenbesessene Unterhaltungsindustrie.

Die fetten Jahre sind vorbei. Jetzt beginnt das wahre Leben... Nach seinem großen Erfolgsfilm entwirft Regisseur

Hans Weingartner die Utopie einer geistig befreiten Gesellschaft. Erneut verbindet er dabei Humor und Drama. Die weibliche Hauptrolle der Pegah besetzte Weingartner mit der Neuentdeckung Elsa Sophie Gambard. In weiteren Rollen sind Gregor Bloéb („Lapislazuli“), Milan Peschel („Hände weg von Mississippi“), das deutsche Top-Model Franziska Knuppe, Simone Hanselmann („Polly Blue Eyes“) und als Quotenguerillas Robert Viktor Minich („Cowgirl“), Ralf Knicker u.a. zu sehen. Die Kamera führte Christine A. Maier („Esmas Geheimnis – Grbavica“, „Lost and Found“, „Nordrand“).

Die Voraufführung

Der Film startet in den Kinos am 15. November 2007. Wir präsentieren den Film in Kooperation mit KINOWELT FILMVERLEIH und UCI KINOWELT in einer Voraufführung am 11. November um 12.30 Uhr im Kino UCI KINOWELT/Zoopalast in der Hardenbergstraße 29. Mitglieder der GEW BERLIN können bis zu zwei Kinokarten in der GEW-Geschäftsstelle bestellen. Unter www.free-rainer.de gibt es weitere Informationen zum Film, unter www.gew-berlin.de sind wieder Unterrichtsmaterialien zum Film eingestellt.



Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch (+ 7,-)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Wenn Du gesund bleiben willst,
werd' besser nicht krank!

Waiting
Room



„Wieder ein schamlos
aufrüttelndes Werk,
schaurig schön.“

DER SPIEGEL

„Moore ist ein teuflisch
guter Propagandist, der sich
weiterentwickelt und seine
Aggressivität zugunsten von
Sarkasmus gedämpft hat.“

DIE WELT

EIN FILM VON
MICHAEL MOORE
SICKO


FESTIVAL DE CANNES
OFFICIAL SELECTION
OUT OF COMPETITION

GUTE BESSERUNG AB 11. OKTOBER IM KINO!

 DVD VIDEO

 DOLBY DIGITAL

 DOLBY STEREO

aufbau taschenbuch 

www.sicko.senator.de

 SENATOR

 SENATOR

Keine Geschmacksfrage

Die Diskussion um Rassismus und Sexismus in Rap-Texten.

von Klaus Will, Verlag und Redaktion der blz

Rap ist die bevorzugte Musikrichtung, mit der sich heute Jugendliche identifizieren, mit der sie untereinander kommunizieren. Diese Musik kann man mögen oder auch nicht, das ist bekanntlich Geschmackssache. Keine Geschmacksfrage ist es aber, wenn Rap-Texte menschenverachtende und rassistische Inhalte haben. In den letzten Monaten ist eine heftige Diskussion darüber geführt worden, wie man mit solchen Tendenzen im Rap umgeht.

In der taz gab es eine siebenteilige Diskussion zur Fragestellung „Ist Pornografie jetzt Pop?“ Von Monika Griefahn („Textzeilen wie ‚Ich fick dich in die Urinblase‘ gehören nicht ins Radio oder Fernsehen“) bis Jenni Zylka („Maulheldentum ist nun mal in; das gilt nicht nur für Rapper“) reichte dort das Meinungsspektrum.

Der Auftritt des bekannten Berliner Rappers Bushido beim Konzert „Schau nicht weg“ am 25. August am Brandenburger Tor wurde vorher und danach in den Medien heftig kritisiert. Denn laut Veranstalter sollte Sinn und Zweck des Konzertes sein, „mehr Aufmerksamkeit auf das Thema Gewalt an Schulen zu lenken und Schüler wie auch Lehrer und Eltern zu ermutigen, gegen Übergriffe einzuschreiten und nicht den Kopf in den Sand zu stecken.“ Bushido, das hat er auch mit seinem Auftritt gezeigt, ist dafür denkbar ungeeignet. Eine kleine Textprobe aus seinem Rap „Endgegner“:

*„Ich box dich in die 30er, du bist mir scheißegal, ich kann nix dafür
Dass deine Mutter eine Heide war, ich bin ein Highlander*

*Der Staatsfeind Nummer eins und der Bnd sucht mich mit nem Peilsender
in letzter Zeit läuft mein Leben wie 'ne Hexenjagd*

Doch bleib ich ein Feindbild für euch bis zum letzten Tag

Das ist ein Actionfilm und beim besten Willen

Irgendwann bin ich wie Eminem auf 16 Pillen

Ihr Schwuchteln, auf einmal kriegt ihr Muskelschwund, ja

Ich habe deine Mama letzte Nacht im Puff gebumst ...

Wenn Ihr wollt, könnt ihr mir alle eure Mamas liefern...“

Und dieser Bushido soll SchülerInnen ermutigen, gegen Übergriffe einzuschreiten? Sein „Stinkefinger“ gegen die protestierenden Schwulengruppen auf der Veranstaltung hat gezeigt, wie er mit Kritik umgeht.

Rap for Q-rage

Die Beliebtheit des Rap bei den Jugendlichen war für die Initiative *Schule ohne Rassismus* Anlass dafür, im Dezember 2006 erstmalig den Berliner Contest „Rap for Q-rage“ durchzuführen. Über 200 Jugendliche waren dabei und kürten die zwei Sieger, den 18-jährigen Rapper HasS und den 15-jährigen Jeffrey John, deren Siegerprämie in Form einer CD mit ihren Stücken im August 2007 vorgestellt wurde.

Anlässlich dieser Vorstellung sprach Sanem Kleff von *Schule ohne Rassismus* auch die aktuelle Diskussion über den Rap an: „Wir wollen keinen Sozialpädagogischen-Rap“, betonte Kleff, „aber erst recht sind wir gegen menschenverachtende Texte.“ Ein Verbot sei allerdings nicht sinnvoll, da dies lediglich „die Selbststilisierung der Künstler als Bürgerschreck und vermeintliche Opfer bürgerlicher Spießigkeit“ fördere und eine offene Auseinandersetzung behindere.

Deshalb fördert *Schule ohne Rassismus* auch weiterhin jugendliche Rapper: Am 8. Dezember 2007 findet zum zweiten Mal der Wettbewerb „Rap for Q-rage“ statt. Und man darf gespannt sein auf die nächste Sieger-CD. Aber *Schule*



FOTO: BLEIFREI/SILOBA

WAS IST RAP?

Rap [ræp] ist ein Sprechgesang und Teil der Kultur des Hip-Hop. „To rap“ (dt.: Klopfen, pochen, meckern) deutet die Art der Musik und des Sprechgesangs an. Besonders im sogenannten Untergrund- oder Porno-Rap ist eine deutliche Abgrenzung zur ursprünglichen Hip-Hop-Musik erkennbar. Rap entstammt ursprünglich der afro-amerikanischen Kultur, insbesondere der Tradition der Griots. Aus dem jamaikanischen Toasting (Reggae) entstand er etwa Ende der 1960er-Jahre in afro-amerikanischen Großstadtghettos (v. a. in New York). DJs sagten Musikstücke an und machten Sprüche und Kommentare in einem der Jugend zugänglichen Slang. Dies taten sie zunehmend in Reimen zum Rhythmus der Musik. (Quelle: wikipedia.org/wiki/rap)

ohne Rassismus will nicht nur jugendliche Rapper fördern, sondern auch die Diskussion über ihre Musik. Deshalb ruft sie auf, das Thema stärker in den Unterricht einzubeziehen. Dazu findet am 7. November 2007 von 17 bis 19 Uhr in Raum 32 für LehrerInnen der Workshop „Rap – eine umstrittene Jugendkultur“ im GEW-Haus statt. Referent ist der Rapper und Sozialpädagoge Florian Steindle. Außerdem vermittelt *Schule ohne Rassismus* Referenten, die mit in die Klassen kommen und über ihre Erfahrungen mit Rap-Musik und Rap-Musikern berichten.

Die CD „Rap for Q-rage“ enthält elf Stücke, die unter www.schuleohneRassismus.org/rap-contest.html heruntergeladen werden können. Die CD kostet eine Schutzgebühr von 4 Euro, zehn Exemplare kosten 25 Euro Euro (inklusive Versand): *Schule ohne Rassismus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin*

Mit Blair ist das englische Schulmodell gescheitert

Bildungspolitische Veränderungen werden eingeleitet.

von Brigitte Schumann, Bildungsjournalistin

Blair hat wie kein anderer Premierminister vor ihm die Bildungspolitik zu seinem zentralen politischen Handlungsfeld gemacht. Wie einen Schlachtruf gab er das Motto „Education, education, education“ aus. Aber als strahlender Held hat er auch diese politische Arena nicht verlassen. 55 Prozent der Briten gaben in einer Umfrage seiner Bildungspolitik schlechte Noten. Sein Name wird verbunden bleiben mit der politischen Fehleinschätzung, man könne mit einer Kombination aus rigider staatlicher Überwachungsstrategie mittels eines zentralistischen Test- und Inspektionssystems und aus neoliberaler, marktwirtschaftlicher Wettbewerbsstrategie die Leistungsfähigkeit des Schulsystems und damit die aller Schüler stetig steigern.

Die Kinder sind die Verlierer

Wie schon zuvor in der Irakpolitik verweigerte ihm ein großer Teil der New Labour Fraktion auch bildungspolitisch am Ende seiner Amtszeit die Gefolgschaft. Für die Verabschiedung seines Schulgesetzes brauchte Blair in 2006 die Stimmen der Opposition. Damit setzte er u.a. die Gründung von so genannten „academies“ durch, die als Schulen zwar staatlich finanziert, aber dem Einfluss des privaten Sektors unterstellt werden. Sie sollen besonders Schülern in sozialen Brennpunkten zu besseren Lernergebnissen verhelfen. Tatsächlich wird mit dem wachsenden Einfluss von Wirtschaftsunternehmen und religiösen Gemeinschaften auf das Schulsystem das Prinzip der staatlichen Verantwortung für die Bildung von Kindern und Jugendlichen unter-

graben und eine problematische Konkurrenz zu den staatlichen Schulen in kommunaler Trägerschaft geschaffen.

Blairs bildungspolitische Resultate am Ende seiner Amtszeit sind ernüchternd und niederschmetternd zugleich, wie etliche jüngst veröffentlichte Studien nachweisen. Wie eine politische Ohrfeige mutet der Unicef Report an, der den Kindern im Vereinten Königreich einen dramatischen Mangel an Wohlbefinden attestiert. Der englische Kinderbeauftragte führt diesen Sachverhalt u.a. auf den Stress zurück, dem Schüler und Schülerinnen in englischen Schulen ausgesetzt sind, und kritisiert den exzessiven Gebrauch von Leistungstests zur Klassifikation von Schulen und Schülern.

Der Zusammenhang zwischen benachteiligter Herkunft und Bildungsarmut ist nicht nur ungebrochen, die Ungleichheit der Bildungschancen ist unter Tony Blair noch größer geworden. 20 Prozent der englischen Schüler und Schülerinnen sind wegen ihres Kompetenzmangels von sozialer Exklusion bedroht. Vor der Herausbildung einer weißen Unterklasse warnte erst kürzlich die Vereinigung der englischen Schulleiter.

Der Rowntree Report, für den Prof. Cassen von der renommierten London School of Economics verantwortlich zeichnet, bestätigt diese Wahrnehmung und verweist darauf, dass besonders Jungen aus der englischen Unterschicht die eigentlichen Bildungsverlierer sind. Die Hälfte der Jugendlichen, die die Schulen mit 16 Jahren ohne hinreichende Qualifikation verlassen, sind dieser Untersuchung zufolge weiß, britisch und männlich. Sie sind sozial gleichgestellten Jugendlichen aus anderen ethnischen Gruppen unterlegen. Nur ein Fünftel aus der Gruppe der Risikoschüler besucht nach der Pflichtschulzeit ein College mit dem Ziel einer beruflichen Ausbildung. Ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sind entsprechend gering und ihre Lebensperspektive in Armut als sozial Ausgeschlossene ist vorgezeichnet.

Auch wenn die alte Regierung un-



ter Blair sich rühmt, mehr als jede andere zuvor den Bildungsetat gesteigert zu haben, so hält der Rowntree Report ihr vor, eindeutig zu wenig in die Prävention von benachteiligten Kindern im Elementar- und Primarbereich investiert zu haben. Außerdem stellt Cassen in seinem Report die Klassifizierung der Schulen in veröffentlichten Ranglisten als besonders schädlich heraus. Dieses Vorgehen habe sich als Bumerang für Schüler und Schülerinnen mit benachteiligtem Hintergrund erwiesen. Die Blairsche Obsession, den Wettbewerb zwischen Schulen auf diese Art zu fördern, habe eindeutig dazu geführt, dass benachteiligte Schüler auch in der Regel die Schulen besuchen, die am schlechtesten abschneiden, und somit doppelt benachteiligt werden. Bessere Schulen würden die Aufnahme sozial benachteiligter Schüler vermeiden, weil sie eine Verschlechterung ihres Leistungsdurchschnitts befürchteten.

Eine Wende bahnt sich an

Mit dem Wechsel von Blair zu Brown gibt es einige beachtenswerte Entscheidungen, die als positives Signal für eine bildungspolitische Veränderung gewertet werden. Dazu gehört der neue Zusammensetzung des Ministeriums, das sich jetzt Department for Children, Schools and Families nennt und das Department for Education and Skills ablöst. Damit will die neue Regierung offiziell der Kinderarmut zu Leibe rücken und diejenigen in das Zentrum der Bildungspolitik stellen, die bislang schlechtere Chancen haben, in den Schulen erfolgreich zu sein.

Browns Entscheidung für Ed Ball als verantwortlichen Minister hat ebenfalls aufhorchen lassen. Als enger Vertrauter des Premiers und engagierter Kinderrechtspolitiker hat er sich schockiert gezeigt über die Ergebnisse des Unicef Reports und diese zur Herausforderung für seine politische Arbeit erklärt. Die Bildungsinstitutionen will er nicht mit neuen Vorschriften überschütten. Ehrgeizige Ziele seien wichtig, aber man könne sie nur erreichen, wenn man die Pädagogen auch dafür begeistern könne.



Kann dies alles noch unter Rhetorik verbucht werden, so schlug die Ankündigung des neuen nationalen Curriculums für die Gesamtschulen in 2008 wie eine Bombe ein. Die rechte Presse sieht darin einen Anschlag auf den britischen „way of life“, weil das Leben von Churchill und das von Henry VIII nicht mehr zum Pflichtgegenstand des englischen Geschichtsunterrichts gehören soll. Dagegen begrüßen die Reformkräfte, dass das fächerbezogene Curriculum aufgebrochen und um Themen wie z.B. Klimawandel, Gesundheit und Ernährung, Umgang mit Geld erweitert wird. Auch die verpflichtenden curricularen Anteile werden reduziert. Ein Viertel des bislang vorgeschriebenen Curriculums wird in die freie Gestaltung der Schulen gegeben. Die Freiräume sollen genutzt werden für einen stärker individuell ausgerichteten Unterricht. Während z.B. ein Teil der Schüler und Schülerinnen wiederholt und übt, sollen andere ihre Kenntnisse an der Beschäftigung mit neuen Gegenständen erweitern können.

Die Vereinigung der englischen Schulleiter hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Flexibilisierung des nationalen Curriculums nur der erste Schritt zu einer sinnvollen Unterrichtsreform sein kann. Damit der Unterricht sich wirklich den Bedürfnissen der Schüler und Schülerinnen anpassen könne, müsse auch das rigide Testsystem geändert

werden, das derzeit die Lernorganisation, den Unterricht und das Klassenklima negativ bestimmt. Die New Vision Group, ein Zusammenschluss von reformorientierten Pädagogen und Erziehungswissenschaftlern, hat ihrerseits in einem offenen Brief eindringlich den Premierminister aufgefordert, alle marktformigen Steuerungselemente zurückzunehmen, die einen unfairen Wettbewerb zwischen Schulen anfeuern und benachteiligten Schülern besonders schaden.

Äußerungen von Brown deuten an, dass Essentials von Blairs Politik noch stark nachwirken. So hat er den von den Gewerkschaften bekämpften Plan von Tony Blair übernommen, in den nächsten Jahren die

Zahl der staatlich finanzierten „academies“ auf 400 auszubauen. Bezogen auf die aufgebrochene pädagogische Auseinandersetzung, ob es sinnvoll sei, Schüler nach Leistung in der Gesamtschule zu sortieren, bezieht Brown eine traditionelle Position, wie sie auch von Blair vertreten wurde. Seiner Meinung nach verdiene die fächerbezogene Leistungsdifferenzierung an den Gesamtschulen besondere Aufmerksamkeit und solle eine Norm für alle Schulen werden.

Das deutsche vielgliedrige Schulsystem, das das englische Gesamtschulsystem noch im Bemühen um die Verfeinerung des Sortierens übertrifft, hat sich angesichts der schlechten PISA-Ergebnisse auf den Pfad der Testmanie begeben und glaubt sich damit auf dem richtigen Weg zur Verbesserung der Schülerleistungen. Dass diese Heilserwartung verfehlt ist, lehrt das englische Modell, in dem das Testen, das Klassifizieren und das Sortieren von Schülern und Schülerinnen eine herausgehobene Rolle spielt. Wirklich erfolgreiche Schulmodelle wie die skandinavischen können darauf verzichten, weil sie Vertrauen haben in die Lernfähigkeit und den Lernwillen von Kindern und diese darin individuell unterstützen. ■

Workshop Schulinspektionen: 10. Dezember 2007 von 9 bis 17 Uhr. Eine Veranstaltung der GEW BERLIN. Näheres dazu in der November-blz.

„Iih, den fasse ich nicht an!“

von Gabriele Frydrych, Lehrerin und Autorin

34 Kinder toben vergnügt durch den Mehrzweckraum unserer Schule. Springen von Tischen, jagen sich durch die Zuschauerreihen und verstecken sich hinter dem Vorhang. Dort entdecken sie den Kostümfundus meiner Kollegin vom Darstellenden Spiel. Ich entreiße den lieben Kleinen verschiedene Brillen, Perücken und Vampirgebisse und zwingen sie, sich in einem großen Kreis aufzustellen. „Iih, den fasse ich nicht an!“, kreischt Amber. Sie lässt eine große Lücke zu Finn, der neben ihr steht. Ich sehe Amber böse an: Da zieht sie ihr Sweatshirt ganz lang über die Hand und reicht Finn das Ärmelende zum Anfassen.

Ich hatte die blendende Idee, mit meiner 8. Klasse im Musikunterricht zu tanzen. Das empfiehlt auch der neue Lehrplan. Nicht nur Beethovens Lebenslauf und Lebenswerk, nicht nur Fugen, Arien und Quintenzirkel, sondern auch „erlebnis- und handlungsorientierten Unterricht“. Auf Normaldeutsch: musizieren, singen, tanzen. Ich bewundere Menschen, die mit 34 Kindern Instrumentalunterricht wagen. Da braucht es geradezu militärische Disziplin (oder drei zusätzliche Lehrkräfte), um 34 Glockenspiele, Tamburins, Keyboards und Flöten harmonisch zum Klingen zu bringen. Tanzen ist schon einfacher. Dachte ich. Man muss nicht vorher stundenlang Instrumente zusammentragen, hinter den Schränken nach fehlenden Klangstäben suchen und die Kollegen im Nachbarraum bitten, ihren Unterricht aus Gründen des Lärmschutzes zu verlegen. Man stellt einfach einen großen Recorder hin und los geht's.

Ich beginne mit einem arabischen Männertanz. Relativ einfache Schritte zu wilder Musik. Schon das Bilden eines Kreises kostet Minuten. Meine Schüler mögen lieber Haufen. Dann das Problem mit dem Anfassen. Noch schlim-

mer wird es beim folgenden Mixer, zu dem man sich paarweise formiert. Meine Klasse tendiert dabei zu strikter Geschlechtertrennung. Jungen flüchten sich zu Jungen, Mädchen zu Mädchen. Bei einem Mixer werden die Partner aber ständig getauscht, und so wird die Geschlechtertrennung nach drei Durchgängen aufgelöst. Sofort bricht Chaos aus, und die Hälfte der Klasse stellt das Tanzen ein. Aziye rennt mit einer Ausrede auf die Toilette. Sie trägt ein Kopftuch und darf keine Jungen anfassen. Unser „Bewegungsprojekt“ endet nach zwanzig Minuten mit einem Text über Sinn und Zweck des Tanzens. Gut, dass ich das Arbeitsblatt vorsichtshalber kopiert habe. Aber ich gebe mich nicht geschlagen. Ich werde die Klasse einfach teilen. Einen Freitag tanze ich mit den Mädchen, die Woche drauf mit den Jungen. Da entfällt hoffentlich das ganze pubertäre Geschrei, wer wen nicht anfassen will, weil der stinkt oder die feuchte Hände hat. Bei dieser Teilungsmethode gebe ich zwei zusätzliche Stunden pro Woche. Mein Partner tippt sich an die Stirn: „Meinst du, das dankt dir irgendjemand?“

Der erste Freitag verläuft fast harmlos. Die Mädchen wollen zwar nicht unbedingt meinen armenischen Frauentanz lernen, aber der Line Dance aus den USA gefällt ihnen gut. Und die Aussicht, selber eine Choreographie zu entwickeln, gefällt ihnen noch besser. Leider finden sie kein gemeinsames Lied. Laute Debatten um Christina Aguilera, Monrose und Tarkan brechen aus.

Am nächsten Freitag sind die Jungen dran. Mit betonter Lustlosigkeit knallen sie ihre Rucksäcke in eine Ecke. Die Gruppe wirkt sehr ausgedünnt. Janek hat einen dringenden Zahnarzttermin vorgeschoben (Freitag nachmittags!), Bert hat sich schon nach der dritten Stunde mit Kopfschmerzen entzogen.

Ich muss den Knaben versprechen, dass sie am Stundenschluss zur Belohnung Fußball spielen dürfen. Wir beginnen mit einfachen Übungen: auf den Partner zugehen, ihn begrüßen, mit ihm den Platz wechseln, ihm die Hand reichen und mit acht Schritten umeinander herumgehen. Was die lieben Kleinen hier an Varianten und Figuren einbringen, ist erstaunlich. Der eine dreht seinem Partner die Hand um, der andere stellt ihm dafür beim Platzwechsel ein Bein. „Boris hat mich geschubst!“ „Kevin lässt meine Hand nicht los!“ Schon bald wechseln wir zum Fußballspielen.

Es wird ein anstrengendes Halbjahr. Ehrlich, ich gebe lieber vier Deutschstunden als eine solche Musikstunde. Aber irgendwann kann meine Klasse wirklich ihre Schritte dem Rhythmus der Musik anpassen, sie beherrscht den arabischen Männertanz und den aufregenden Mixer, sie hat sich einen spektakulären Tanz zu einem uralten Pop-Song einfallen lassen und führt ihn bei einem Schulfest auf. Begeisterter Applaus. Dabei hatten die Jungen vorher schwerste Bedenken, sich so ihren Mitschülern zu präsentieren. Es kostete mich alle Überredungskünste, sie in die gleiche Tanzkleidung und auf die Bühne zu bringen.

Fürs 9. Schuljahr dürfen sich alle Schüler zwei Wahlpflichtkurse aussuchen. Wir haben an unserer Schule ein breites Spektrum: Kunst, Informatik, Spanisch, Russisch, Französisch, Naturwissenschaften, Arbeitslehre, Literatur usw. usf. Was wählen 20 Schüler meiner Klasse? Musik mit dem Schwerpunkt Tanz! Seither habe ich eine hochmotivierte Truppe mit acht temperamentvollen Knaben und zwölf lebhaften Mädchen, um die mich Kollegen anderer Schulen bei Tanzveranstaltungen beneiden. Es lohnt sich manchmal doch, Schüler zu ihrem Glück zu zwingen... ■



Seniorentheater im Saalbau Neukölln: Die Theaterwerkstatt dritter frühling e.V. mit ihrem Stück „Wollust, Zorn und Völlerei – die Eier nach dem Leben“. Weitere Infos unter www.dritter-fruehling.de

FOTO: ELKE MÜLLER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Ein wenig zu aufgedreht ist sie schon, die Pubertät, wenn sie aus einem großen roten Herzen steigt und die Zwillinge Mona und Theo durcheinander wirbelt: „*Genau wie immer: Alles anders*“. **Theater Strahl** arbeitet mit mehreren Stilebenen: die Pubertät greift als konkret gewordenes Abstraktum in die Handlung ein, wird magisch-musikalisch kommentiert; Mona und Theo öffnen sich dem Publikum monologisiert in direkter Ansprache; dazu fetzige Auseinandersetzungen und stille Szenen zartbesinnlicher, intensiver Kommunikation; ein happy end und drum herum Verwirrung, Trauer. Ein reiches Stück also mit Aufklärung und „action“, Nonsense und Nachdenklichkeit, Handlung und Reflexion - und ein mitreißendes Spiel (ab 12).

Das **Theaterhaus Mitte** ist, nach der Renovierung, wieder aktiv geworden und zeigt jetzt im Rahmen von „*Japan Now 07*“ Exponate und mit „*Parallele Fall*“ ein strenges, hochkonzentriertes, meditatives Butoh-Exerzitium – eine Studie in Hässlichkeit und radikaler Anspannung – zu verstehen als Protest gegen die Schönheit klassischen Tanzes, bewun-

derenswert, aber nicht gerade attraktiv.

„*Die Tränen des Orpheus*“ im **Radialsystem** stellt Musik aus dem 16. und 17. Jahrhundert (vor allem von Monteverdi) in der Art eines Pasticcio zu einer Geschichte des Orpheus zusammen. Das Programm lebt aus der musikalischen Spannung, der bezwingenden Schönheit der Musik, der Qualität der Interpretation durch Orchester und Sänger; es ist musikalisch exquisit und hat berührende szenische Momente immer dann, wenn die Schlichtheit von Bewegung und Handlung der Musik entspricht – während die Video-Überspielungen, manchmal ironisch kontrastierend, allzu oft durch nervöse Modernität stören (ab Sek II).

„*Die Erde – eine gute Wohnung*“, eine optisch überaus reizvolle Aufführung in der **Britzer Hufeisensiedlung** – im Eiszeitpfehl ein Spielpodest, dazu ein Ruderboot, eine Anlegestelle, das letzte Tageslicht, dann mehr und mehr Bühnenscheinwerfer – zauberhafte Bilder. Gesprochen und gespielt werden Texte des Architekten Bruno Taut aus der Weimarer Zeit, Lokalgeschichte

IMM INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Burnout – Mobbing Depression
Beratung und Psychotherapie
Dipl. Psych. Doris Junk
alle Kassen
Tel. 030 / 31 01 73 51

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail: Kaufmann.Ina@web.de

ERSCHÖPFT? AUSGEBRANNT? ANTRIEBSARM?
Mit neuen Kräften zurück ins Leben!
Dipl. Psych. Peter Schroeder
Psychologischer Psychotherapeut, zertifizierter
Bioenergetischer Körperpsychotherapeut
Privat und Beihilfe
www.Praxis-Peter-Schroeder.de
Tel.030/265 51 600 Nähe Nollendorfplatz

Wer vorne steht, braucht Rückenstärkung!
Privatcoachings und Gruppen bei Angst, Burnout, Mobbing
Griff Sarina Kirsch Dipl.Päd./ Coach
Tel.: 03362/299863
Mail: GriffKirsch@web.de

KLINIK NIKOLASSEE
Innere Medizin · Kardiologie · Psychotherapie · Neurologie
Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom
- Schlafstörungen
- Schmerzzustände/ Fibromyalgien

24-Std. Akutufnahmen! ☎ **030 / 803 09 10**
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

(ergänzt durch Interviews von heute) – zugleich Weltgeschichte durch den Bezug zu Japan (wohin Bruno Taut 1933 vor den Nazis floh) und durch die weiterhin drängende Aufgabe, für die Massen in den wachsenden Städten eine „gute Erde“ zu bereiten. Ein Programm, das bekannt macht mit dem Schwung und der Initiative der Zwanziger Jahre und Mut macht für heute.

„Molière“ in der **Schaubühne:** unentschieden zwischen Molière inszenieren (Tartuffe), die Person Molière interpretieren (der Weg eines Sensiblen in die Einsamkeit), ein eigenes Stück collagieren (Männlichkeit heute), ein Problem untersuchen (Was heißt hier Liebe?). Realisiert wird Theater als Extremsport: Masse statt Vertiefung, Kraftmeierei statt Kommunikation, Greinen und Wüten statt Selbstreflexion und: ein Weltrekord in Wiederholungen.

Noch etwas Gutes zum Schluss: Gratulation zu zwanzig Jahren **Theater Strahl!**
Hans-Wolfgang Nickel

THEATER

Programm der Kinder- und Jugendtheater

Auf der Internetseite des Jugendkulturservice (www.jugendkulturservice.de) findet man Links zu nahezu allen Berliner Spielstätten der Kinder- und Jugendtheater sowie weitere Informationen.

Berlin blüht auf

Im Lübarser Veranstaltungsort „Labsaal“, der „Gesamt-Kunst-Werkstatt für Leib und Seele“ wird am 25. November um 16 Uhr das szenische Spiel „Um 1800 – und Berlin blüht auf“ gezeigt: In ihrer berühmten Dachstube empfängt Rahel Varnhagen ihre Besucher: Diplomaten, Autoren, Künstler, adlige Offiziere. Und dann geht's weiter zu einem Bummel mit Karl Friedrich Schinkel durch die Stadt. Dargeboten wird das szenische Spiel von einer kleinen theaterbegeisterten Gruppe: ein pensionierter Schulleiter, Mitglieder des Mädchenfahrtenbundes, einige Mütter. Drei Generationen also auf den Bret-

tern des Labsaal: Alt-Lübars 8 (Bus 222). Der Eintritt kostet 7 Euro, Jugendliche 3 Euro. Kartentelefon: 41 10 75 75.

FORTBILDUNG

Arbeit und Leben-Seminare

- Exkursion nach Auschwitz und Krakau: In Kooperation mit der VHS Zehlendorf vom 15. bis 19. Oktober.
- Boston/New York: Gesellschaftspolitisches Auslandsseminar vom 19. bis 30. März 2008
- Stasi und Verfassungsschutz: Einwöchige Bildungsurlaubsveranstaltung vom 19. bis 23. November
- Südafrika: Gesellschaftspolitisches Auslandsseminar vom 1. bis 13. Januar 2008. Arbeit und Leben, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin, Tel. 030/21 00 06 60 oder www.arbeitundleben.de/berlin

GEW-Seminare

In folgenden Seminaren der GEW Berlin sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- Mit Konflikten umgehen [072-S-26], 25.-27.10., Zechlinhütte, für FunktionsträgerInnen, Vertrauensleute, aktive Mitglieder, Kosten: 100 Euro.
- Brücken bilden – Übergänge gestalten [072-S-28], 27.-28.10., Erkner, für Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen, Kosten: keine, Leitung: Dagmar Potetsch, Diana Greim
- JÜL: Unterricht in heterogenen Lerngruppen (Klassen 4-6) [072-S-29], 27.10., 10-16 Uhr, PIZ (Rudolf-Wissell-Schule), Kosten: keine, Leitung: Heidrun Winkler, Heike Schreyer
- Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen [072-S-35], 02.11., 9-16 Uhr, GEW. Kosten: keine, für Nichtmitglieder: 25 Euro. Leitung: Angelika Schwartz, Jutta Cassau
- Bewegung und Entspannung in die Grundschule! [072-S-38], 09.11., 10-15.30 Uhr, GEW, Kosten: 25 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro. Leitung: Merete Schwassmann, Wiederholung: 05.12. [072-S-61]
- Rechtsextreme Positionen in Berliner BVVen – ein Jahr nach der Wahl [072-S-46], 21.11., 17-20 Uhr, GEW, für alle Mitglieder, Kosten: keine, Leitung: Sanem Kleff (SOR-SMC), N.N. (apabiz e.V.)
- Schwierige Gespräche im Beruf professionell meistern! [072-S-48], für LehrerInnen, 23.-24.11., GEW, Kosten: 50 Euro,

für Nichtmitglieder 150 Euro.

- Schulrecht für LehrerInnen [072-S-55], 29.11., 15.30-19 Uhr, GEW, Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 25,-, Leitung: Pit Rulff, Knut Bialecki
- Selbstmanagement I [072-S-58], 03.-04.12., GEW, für Vertrauensleute und Mitglieder, offen für Nichtmitglieder, Kosten: 50 Euro, für Nichtmitglieder 180 Euro. Leitung: Ursula Hilpertshauer (o-p-e-n.net GmbH)
- Fit für Funktionsstellen [072-S-63], 06.12., 15.30-19 Uhr, GEW, für LehrerInnen (nur Mitglieder)

Mehr Informationen unter www.gew-berlin.de (Veranstaltungen/Seminare). Anmeldungen schriftlich an: Geschäftsstelle der GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, per E-Mail unter info@gew-berlin.de, per Telefon zu den üblichen Geschäftszeiten unter 030 / 21 99 93 0, per Fax unter 030 / 21 99 93 50

AKTIVITÄTEN

Berlin geht baden

Noch bis zum 14. Oktober wird im Ephraim-Palais die Ausstellung „Berlin geht Baden“ zur Kulturgeschichte des Badens in Berlin gezeigt. Mit der Eröffnung des Welperschen Badeschiffes in der Spree an der Kurfürstenbrücke 1803 beginnt die Geschichte des geregelten Badens in Berlin. 1905 gab es 15 solcher Einrichtungen. Bademöglichkeiten waren damals in Berlin aus hygienischen Gründen sehr wichtig, zumal nur die wenigsten Häuser eigene Badezimmer besaßen. Mit Installationen, Fotos, Gemälden und Bademodern, Postkarten und „Strandgut“ werden die verschiedenen Aspekte der Badekultur und der Körperpflege lebendig: Hygiene und Abhärtung, Sport und Spaß, Fernweh nach Sonne, Sand und Meer. Ephraim-Palais, Poststraße 16, 10178 Berlin. Öffnungszeiten: Di, Do bis So: 10 bis 18 Uhr; Mi: 12 bis 20 Uhr. Eintritt: 5,00 Euro/ermäßigt 3,00 Euro (mittwochs Eintritt frei) Führungen: Tel. (030) 24002-233.

Frauen schlägt man nicht

Der Verein *Terre des femmes* führt am 25. November bundesweit die Aktion „Frauen schlägt man nicht – nein zur häuslichen Gewalt“ durch. Dazu sollen an möglichst vielen Orten die Terres des Femmes-Fahnen mit der Aufschrift „frei leben – ohne ge-



BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSELER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEÖFFNET
von 16.00 - 20.00 UHR **Eintritt frei**

walt“ gehisst werden. Als begleitende Aktion werden zum Beispiel Bäckertüten mit der Aufschrift „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ verteilt. Am 23. November ist zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Veranstaltung geplant, bei der mit verschiedenen Unternehmen ein „Bündnis gegen häusliche Gewalt“ gestartet werden soll. Weiter Informationen und Materialien unter www.frauenrechte.de

Ort für Schlauspieler: Zehn Jahre Labyrinth Kindermuseum Berlin

Das Labyrinth Kindermuseum Berlin in Berlin-Wedding hat am 12. September 2007 sein zehnjähriges Bestehen gefeiert. Die Montagehalle einer ehemaligen Zündholzmaschinenfabrik im Norden Berlins wurde vor zehn Jahren, am 12. September 1997, zur Heimat des Labyrinth Kindermuseum Berlin. Das Kindermuseum versteht sich als außerschulischer Lern- und Freizeitort für Kinder, Familien und Pädagogen – mit überregionaler Ausstrahlungskraft: 850.000 kleine und große Besucher aus Berlin, Brüssel oder Beijing haben die Erlebnisausstellungen für Kinder bislang besucht. In seiner neuen Ausgestaltung „Bahn frei für Schlauspieler!“ hebt das Kindermuseum die enorme Bedeutung des Spielens als einen wesentlichen Bestandteil des Lern- und Bildungsprozesses bei Kindern hervor. Die Ausstellung ist bis zum 3. Mai 2009 zu erleben. Zehn Stationen laden Mädchen und Jungen zum Erforschen, Bewegen, Nachdenken, Experimentieren

und Spielen ein. Anfassen und (be)greifen sind hier ausdrücklich erlaubt. Mit zusätzlichen Fortbildungsangeboten, Projekten und Fachtagungen für Pädagogen und Eltern setzt das Kindermuseum einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Prävention und Kindergesundheit.

Labyrinth Kindermuseum Berlin, in der Fabrik Osloer Straße, Osloer Straße 12, 13359 Berlin, Öffnungszeiten für Einzelbesucher: Dienstag bis Samstag 13-18 Uhr, Sonntag 11-18 Uhr. Für angemeldete Gruppen: Montag bis Freitag 9-11 Uhr, 11:15-13:15 Uhr, flexible Anmeldezeiten am Nachmittag. Gruppen bitte vorher anmelden. Infotelefon 030/800 93 11-50, Montag-Freitag 9-13 Uhr und 14-16 Uhr, Fax 030/494 80 97. Email: anmeldung@labyrinth-kindermuseum.de

Schulen gemeinsam für Afrika

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Dr. Horst Köhler führt das Bündnis GEMEINSAM FÜR AFRIKA e.V. eine Schulaktion durch, mit der das Bewusstsein bei SchülerInnen für die Vielfalt Afrikas und die „Eine Welt“ geschaffen werden soll, in der globale Gerechtigkeit und internationale Solidarität eine Voraussetzung für partnerschaftliches Handeln sind. Die Aktionswochen finden statt vom 29. Oktober bis 16. November. Alle Schulen sind aufgefordert, sich mit Aktionen und Unterrichtseinheiten zu beteiligen und über den normalen Unterricht hinaus aktiv zu werden. Dazu wird es zwei Wettbewerbe geben: Der erste Wettbewerb unter dem Motto „Gib 8“ stellt die Millenniums-Entwicklungsziele in Bezug auf Afrika in den Mittelpunkt. Hier sollen Aktionsideen zu den Millenni-

ums-Entwicklungszielen entwickelt und umgesetzt werden. Der zweite Wettbewerb „Mein Tag dein Tag“ konzentriert sich auf die Lebensbedingungen der Menschen in Afrika und richtet sich vor allem an jüngere Jahrgänge. Materialien und nähere Informationen gibt es auf der Homepage www.gemeinsam-fuer-afrika.de/schulen.php

Audioführungen in Norman Fosters FU-Bibliothek

Kostenlose Audioführungen erhält man jeweils eine Stunde vor der Bibliotheksschließung in der Philologischen Bibliothek der FU in der Habelschwerdter Allee in Dahlem. Die von Norman Foster gebaute Bibliothek wird bei diesem Rundgang in 35 Minuten und 12 Stationen vorgestellt. Die Führungen gibt es nicht nur in Deutsch, sondern auch in englischer und französischer Sprache. Die Bibliothek schließt wochentags um 22 Uhr, am Wochenende um 17 Uhr. Architekturführungen für Gruppen werden von dem Architekturbüro Ticket B in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin angeboten. Informationen unter Tel. 617 5452 oder www.ticket-b.de

Termine der SeniorInnen

11. Oktober: Um 14 Uhr im Club Torstraße zum Quiz und Denksport mit Horst Peter.
17. Oktober: Um 9.30 Treffpunkt in der S-Bahnhalde Friedrichshagen für eine Führung durch das Kalkwerk Rüdersdorf.
18. Oktober: Um 11 Uhr Führung durch das Wasserwerk Friedrichshagen.
23. Oktober: Um 10 Uhr Rundgang durch den Zentralfriedhof

50 JAHRE SCHULPSYCHOLOGIE IN BERLIN

Die Berliner Schulpsychologie wurde 1957 aufgrund von Gewaltvorfällen an Berliner Schulen gegründet. Auch im Jahr 2007 – 50 Jahre später – gehört Gewalt zum Schulalltag. Dazwischen liegen fünf Jahrzehnte schulpsychologischer Beratung für die SchülerInnen, ihre Eltern und die Lehrkräfte sowie für die pädagogische Entwicklung der Schulen.

Anlässlich des Jubiläums gab es am 7. September in der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Festveranstaltung mit den Themen „Gewalt in der Schule“, „Lernen und Unterrichtsentwicklung“, „Schulentwicklung und Schulpsychologie“ und einer anschließender Podiumsdiskussion zu den „Perspektiven der Schulpsychologie in Berlin“. Der zuständige Senator bedankte sich für die engagierte Einzelfallarbeit und die Unterstützung der Schulen durch Systemberatung: „Die Leistungsbilanz der Berliner Schulpsychologie kann sich sehen lassen.“

Leider hat aber eine Reduzierung der Stellen in der Schulpsychologie in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent (von 144 auf 88 Stellen) stattgefunden. Mit der derzeitigen Personalausstattung kann der Bedarf an Beratung der Schüler, Eltern und des Schulpersonals nicht gedeckt werden. Mit der Einstellung von 40 Schulpsychologen noch im Doppelhaushalt 2008/09 wäre ein erster Schritt zu einer Annäherung an eine bedarfsgerechte Ausstattung getan. In der Novemberausgabe der blz folgt ein Tagungsbericht.

Friedrichsfelde. Treffpunkt am Eingang Gudrunstraße.

8. November: Um 14 Uhr im Club Torstraße zu einem Diavortrag von Elsa Krucz über Jordanien.

13. November: Um 10.30 Uhr am U-Bahnhof Theodor-Heuss-Platz für eine Führung durch das Haus des Rundfunks (RBB).

21. November: Um 9.30 Uhr Führung durch die Philharmonie. Treffpunkt vor dem Künstlereingang.

Europaweite Woche zum globalen Lernen

Die „Global Education Week (GEW) will das Globale Lernen bekannt machen. Unter dem

Motto „6 Milliarden – eine Menschheit“ findet dazu vom 17. bis 25. November eine Aktionswoche statt. Weitere Informationen unter www.globaleducationweek.de

MATERIALIEN

Begleitmaterialien zur Klassenlektüre

Die Berlin Verlage bieten unter dem Namen „Lese-Portfolios“ Begleitmaterialien für die Klassenlektüre an. Begonnen wurde die Reihe mit einem Materialangebot zu Petr Ginz: Tagebuch 1941-1942. Dazu bietet der Verlag auch eine Wanderausstellung „Petr Ginz“, die aus 18

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Bild- und Texttafeln besteht, gegen eine Leihgebühr an. Weitere Portfolios gibt es u.a. zu Pnina Moed Kass: „Echtzeit“ und Tahar Ben Jelloun: „Papa, was ist der Islam“ Die Lese-Portfolios können unter www.berlinverlage.de/unterricht heruntergeladen werden.

Info-Broschüre für Auszubildende

Der DGB Berlin-Brandenburg hat die Broschüre „Deine Rechte in Berufsschule und Betrieb“ in einer überarbeiteten und aktualisierten Fassung vorgelegt. Auf 60 Seiten finden Azubis

und SchülerInnen Tipps für ihre Ausbildung. Neben grundlegenden Rechten in der Ausbildung geht es auch um die Frage, wie es nach der Ausbildung weitergeht und wie man als Azubi mitmischen und mitbestimmen kann. Die Broschüre enthält einen Adressteil für Berlin und Brandenburg. Die Broschüre „Deine Rechte in Berufsschule und Betrieb“ hat folgende Inhalte: Berufsausbildung – Tipps & Tricks rund um die Ausbildung/Mitbestimmung in Betrieb und Schule – Was kannst du tun?/ Finanzielle Hilfe während der Ausbildung/ Arbeitsschutz – Damit dir

nichts auf die Füße fällt! / Nach der Ausbildung – Wie geht es weiter? / Gewerkschaften – Was tun die eigentlich? / Ausbildungslexikon: Von Abmahnung bis Zivildienst/ Adressen und Kontakte. Die Broschüre gibt es auch im PDF-Format zum Herunterladen unter www.berufsschultour.de (Berlin-Brandenburg anklicken).

Komplett überarbeiteter Pädagogik-Bestseller

Der Klassiker der Lehrerausbildung „Leitfaden Unterrichtsvorbereitung“ von Hilbert Meyer liegt in einer aktuellen Neufassung vor. Nach fast 30 Jahren ist das Standardwerk der Didaktik vollständig überarbeitet sowie an den aktuellen Stand der Unterrichtsforschung angepasst worden. Hilbert Meyers „Leitfaden Unterrichtsvorbereitung“ erscheint im Cornelsen Verlag Scriptor (SBN 9783 589 224 586).

Ratgeber Ruhestand

Frisch herausgekommen ist der „Ratgeber für den Ruhestand“ mit Infos und Tipps zum Eintritt in den Ruhestand, zur Versorgung, zur Beihilfe und anderen Themen. Der Ratgeber ist von einer Autorengruppe der „Jungen Alten“ erstellt worden und ist im GEW-Haus in der Ahornstraße erhältlich.

Weiterbildungsweg aufgezeigt. Die Bewerberzahlen und die Zahl der Arbeitsplätze können ebenso abgefragt werden wie Kontaktadressen zu Berufsverbänden und Handwerkskammern. Über einen Link kann man in der Stellenbörse der Bundesagentur nach freien Lehrstellen suchen.

www.zug-der-erinnerung.eu führt zum bundesweiten Projekt „Zug der Erinnerung“, mit dem erinnert werden soll an die 12.089 Kinder und Jugendlichen, die Opfer der NS-Rassenpolitik wurden und deren Leidensweg bislang weitgehend unbeachtet geblieben ist. Eine mobile Ausstellung, die an den Heimatorten der Kinder und der früheren Deportationsstrecke der Reichsbahn gezeigt wird, soll insbesondere Jugendliche dazu anregen, auf Spurensuche nach Lebenszeugnissen der deportierten Kinder zu gehen. Auf der Internetseite gibt es weitere Informationen und didaktisches Material.

www.boum-rix.de soll Arbeitssuchende mit ortsansässigen Firmen in der Region Neukölln-Rixdorf zusammenbringen. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute manchmal so nah liegt, ist die Idee dieses Portals, das vom Verein Kulturkiez getragen wird. Reinschauen und nachmachen!

www.beamten-informationen.de ist ein Internetportal, das in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund aktuelle Informationen für Beamte bietet. Hier erhält man auch einen Überblick über neue Publikationen zum Beamtenrecht. Gerade frisch erschienen ist zum Beispiel die neunte Auflage des Taschenbuchs „Wissenswertes für Beamte“.

ANZEIGEN

Was tun bei Arthrose?

Wenn Arthrose die Gelenke befallt, schmerzt jede Bewegung. Viele tägliche Aufgaben in Beruf, Familie und Freizeit werden immer beschwerlicher. Was aber kann man selbst gegen diese Gelenkkrankheit tun? Wie kann man Schmerzen und Einschränkungen lindern? Auf diese häufigen Fragen will die Deutsche Arthrose-Hilfe e.V. fundierte Antworten geben. In ihrer neuen Informationszeitschrift „Arthrose-Info“ werden praktische Tipps und Empfehlungen zu

allen Fragen der Arthrose gegeben. In leicht verständlichen und interessanten Darstellungen wie „Was ist Arthrose?“ oder „Praktische Tipps bei Arthrose der Knie, der Hände, der Hüften ... usw.“ werden gleichzeitig die Grundsätze dieser Gelenkveränderungen anschaulich erläutert. Ein kostenloses Musterheft kann angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 11 05 51, 60040 Frankfurt/Main (bitte eine 0,55-€-Briefmarke als Rückporto beifügen).



**5 Tage mit Programm
ab 69,- €**
www.agaria.de

Unsere Vorteile für Sie:

- ☒ **Kostenlos: Ihr 20-seitiger Gruppenreiseplaner Prag!**
- ☒ **Ein tschechisches Team betreut Sie rund um die Uhr!**
- ☒ **Individuelle Programmgestaltung nach Ihren Wünschen!**
- ☒ **Eigenes Büro und Hotel in Prag!**
- ☒ **Nur bei uns: Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt!**



AGARIA TOURS
 FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN
 IN DIE TSCHHECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
 Radek Byšek - Steintorweg 9 - 20099 Hamburg
 Tel. 040/280 95 90 - Fax 040/280 95 9-13 - E-Mail info@agaria.de



Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS

Das bestgelaunte Bus- und Reisetem! GmbH

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
 Fax (030) 303083-55

ROSCHER, JOHLIGE & PARTNER

RECHTSANWÄLTE & STEUERBERATER

Eckart Johlige

Rechtsanwalt
 Fachanwalt für Arbeitsrecht
 Fachanwalt für Verwaltungsrecht

www.beamtenrecht-berlin.de

Kurfürstendamm 28
 10719 Berlin
 Telefon 030/889 143 31
 Fax 030/889 143 32
 E-Mail johlige@berlin-recht.de

Beamtenrecht · öffentl. Dienstrecht · Versorgung · Disziplinarverfahren

- Spendenaufruf -

NOTHILFE BANGLADESH

medico international und seine Partner vor Ort bitten um Spenden für die Opfer der aktuellen Flutkatastrophe in Bangladesh. 8 Mio. Menschen sind betroffen. Es fehlt an Medikamenten, Babynahrung, Reis und Trinkwasser.

HELFEN SIE MIT. AUCH ONLINE.

Spendenstichwort: Bangladesh
 Frankfurter Sparkasse BLZ 500 502 01
 Spendenkonto: 1800



www.medico.de
 Tel. (069) 944 38-0

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter Vorortberatung wählbar alles kostenfrei
 35-jährige Beraterkompetenz
 Beamendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Ltz., bei 30.000,- €, mtl. *342,- €, bei 60.000,- €, *684,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Ltz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Ltz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Ltz. 20 Jahre, Kürzere Ltz. bei Gewinnanteilsverrechnung.
 *) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.
www.ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**
 Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 Gebührenfrei

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
 Württembergallee 2 • 14052 Berlin
 Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
 ☎ 030-303083-6

Reisen in den **Schulferien 2007/2008**

Aktivreisen
 Studienreisen
 Erlebnisreisen
 Kreuzfahrten

www.koegelreisen.de
 Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
 Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

IHRE ANZEIGE IN DER BLZ
 Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach	10-Tage-Busreise z.B. nach
Wien ÜF 192,- Euro	Südeuropa Ü 213,- Euro
Budapest ÜF 192,- Euro	Toskana Ü 202,- Euro
London ÜF 254,- Euro	Südfrankreich Ü 230,- Euro
Prag ÜF 199,- Euro	(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)
Paris ÜF 224,- Euro	
Rom ÜF 238,- Euro	

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
 Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienpark in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

HOF LUST

Miteinander statt Gegeneinander

Klassenfahrt auf Reiterhof sinnvoll anders gestalten

Außer Reiten bieten wir ein spielerisches Training und Gemeinschaftserlebnis basierend auf den 30 Menschenrechten der Vereinten Nationen an. Ein ausführlicher Wochenplan und DVD kann angefordert werden. Mo-Fr. Vollpension und Reiten 140,- €, nur Menschenrechtsprogramm 125,- €, Menschenrechte und Reiten 160,- €

Hof Lust • 29553 Bienenbüttel • Tel 058 23 73 67 • www.hoflust.de

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)
 direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 129 Betten, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 61 Euro für 4 Nächte inkl. Programm und HP. Veranstaltungs- und Seminarräume für bis 200 Personen.
 Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69
 jgh.oha@t-online.de
 Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

Locke-Service-Büro
 Reisen und Service in & um Berlin für Gäste und Gruppen

Madeira Wandern 10 Tage ab 1255 €
 Gomera Wandern & Relaxen ab 1359 €
 Flüge und Fahren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
 Bundesallee 115 12161 Berlin
 Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Klassenfahrt Rom

Kultur pur zu top Konditionen
 5 Tage Flugreise ab € 165

www.cts-reisen.de/topangebote

Gruppen- und Studienreisen GmbH
 Tel. 05261 2506-27

KINDERLIEDER für Pädagogen
 Tel.: 323 95 52
www.gitarren-spazz.de

RÜCKENPROBLEME?
 www.Naturheilpraxis-City-West.de
 Holsteinische Str. 22 (Wilmerdorf)
 Tel. 8 61 49 71

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
 Gruppenreisen
 Klassenfahrten
 Firmenservice
 Transfers

Grenzenlos Reisen
 Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
 Fon: 0 30-43 00 48 0
 Fax: 0 30-43 00 48 79

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger
 Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN www.primaklima.de
 Tel. 030-68 40 98-40 • Fax -20
 pkr-bus@bln.de

Die Klassenfahrtseite
schulfahrt.de
 Katalog+Beratung: 0 35 04-64 33-0

REAL-TOURS S.R.L.
 Tel. 00 39/05 47/67 27 27
 Fax 00 39/05 47/67 27 67
 Via Bartolini, 12
 47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
 24 h online buchen
 E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2008

NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
 z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 184,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 223,00 HP
 Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
 Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent, nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris, nach London.
 Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
 Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2007/08.
 Weitere Informationen auch bei:
 R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
 Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

09. OKT. 17.00 Uhr	Arbeitslose in der GEW	Raum 34
19.00 Uhr	Landesausschuss f. multikult. Angelegenheiten	Raum 32
17. OKT. 15.00 Uhr	Junge Alte	Raum 33
18. OKT. 18.30 Uhr	Abteilung Wissenschaft	Raum 32
19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit	Raum 33
22. OKT. 18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
23. OKT. 18.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 33
24. OKT. 10.00 Uhr	Senioren Ausschuss	Raum 33
13.00 Uhr	AG Altersversorgung	Raum 34
29. OKT. 15.30 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 33
30. OKT. 19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer	Raum 47
05. NOV. 16.00 Uhr	Info-Veranstaltung Referendariat	Raum 31
18.00 Uhr	FG soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung	Raum 34
06. NOV 18.00 Uhr	Forum Abteilung Wissenschaft	Raum 31
12. NOV. 18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
13. NOV. 19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen	Raum 31

GEW-REFERENDARIATSTAG 2007

Gemeinsam über den Tellerrand schauen, Erfahrungen austauschen, Ideen entwickeln und natürlich Neues mitnehmen für die Ausbildung und den Beruf.

11. Oktober von 9 bis 16 Uhr

Im GEW-Haus in der Ahornstraße 5

Programm und weitere Informationen unter www.gew-berlin.de/7377.htm

PÄDAGOGISCHER ABEND: ANDERS LERNEN

Die pädagogische Praxis und die Erfahrungen mit einer bewussten Erziehung zum eigenverantwortlichen Handeln – „für sich selbst, für die Gesellschaft und im globalen Rahmen“ an der Helene-Lange-Schule (integrierte Gesamtschule in Wiesbaden und UNESCO-Projekt-Schule) werden vorgestellt von Brigitte Reinbacher-Kaule (Helene-Lange-Schule Wiesbaden).

Donnerstag, 8. November 2007 um 19 Uhr

Ort: GEW-Haus, Ahornstraße 5, 10787 Berlin-Schöneberg

BILD DES MONATS



RINGVORLESUNG ZUR GEMEINSCHAFTSSCHULE

25. Oktober um 16 Uhr: Eröffnungsvorlesung zum Thema „Gemeinschaftsschule: Gesamtschule neu verpackt oder Antwort auf heutige Zukunftsfragen?“ mit Ulf Preuss-Lausitz und Rose-Marie Seggelke.

15. November um 16 Uhr: Über die finnischen Erfahrungen mit Schulreform berichtet Rainer Domisch vom Zentralamt für Unterrichtswesen Helsinki.

Alle Veranstaltungen der Ringvorlesung finden statt in der Franklinstraße 28-29, 10587 Berlin-Charlottenburg, Raum FR 3533 (Bus 245, Einsteinufer)